

Grenzen überwinden

MigrantInnen auf dem Weg nach Europa



Impressum

Bonn, Oktober 2016

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE33DKD

Autorin:

Dr. Sabine Ferenschild

Redaktion und Korrektur:

Anna Geldermann,
Sandra Grigentin-Krämer,
Jannik Krone, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

www.pinger-edon.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn,
gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Dr. Sabine Ferenschild/
SÜDWIND e.V.

Für den Inhalt dieser Publikation ist
allein SÜDWIND e.V. verantwortlich.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen
Entwicklungsdienstes durch Brot für die
Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst,
durch den Evangelischen Kirchenverband
Köln und Region sowie die Evangelische
Kirche im Rheinland.

Inhalt

	Abkürzungsverzeichnis	3
1	Einführung: Eine Welt in Bewegung?	3
2	Der Aufbruch: Subsahara-Afrika in Bewegung?	5
2.1	Kolonialismus als Wurzel heutiger Migrationsbewegungen	5
2.2	Migration in und aus Subsahara-Afrika	6
2.3	Migration und Flucht im östlichen Afrika	8
3	Der Weg	11
3.1	Der reguläre Weg	11
3.2	Der irreguläre Weg	12
3.3	Die gefährliche Reise der Irregulären	16
4	Das Ziel: Die EU und die Auslagerung des Grenzschutzes	16
4.1	Migration in die EU	17
4.2	Das Konzept sicherer Herkunftsstaaten	18
4.3	Der Khartum-Prozess als ausgelagerter Grenzschutz	20
4.4	Die Rolle Deutschlands im Khartum-Prozess	21
5	Zusammenfassung und Ausblick	23
6	Literaturverzeichnis	26

Gefördert durch:



Abkürzungsverzeichnis

AEDH	Association Européenne pour la défense des Droits de l'Homme / Europäischer Verband für die Verteidigung der Menschenrechte	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung
AU	African Union / Afrikanische Union	ODA	Official Development Assistance / Offizielle Entwicklungshilfeleistungen
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	SSA	Sub-Saharan-Africa / Subsahara-Afrika
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation	SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH
EL	Entwicklungsländer	UNDP	United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	UN-DESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs / Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen
GAMM	Global Approach to Migration and Mobility / Gesamtansatz Migration und Mobilität der EU-Kommission	UNFPA	United Nations Population Fund / Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
GFMD	Global Forum on Migration and Development / Globales Forum für Migration und Entwicklung	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees / Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	UNWTO	United Nations World Tourism Organization / Weltorganisation für Tourismus der Vereinten Nationen
HDI	Human Development Index / Index der menschlichen Entwicklung		
IOM	International Organization for Migration / Internationale Organisation für Migration		
JAES	Joint Africa-EU Strategy / Gemeinsame Afrika-EU-Strategie der Europäischen Union		

1 Einführung: Eine Welt in Bewegung?

Das Jahr 2015 stand in Deutschland spätestens ab der Jahresmitte ganz unter dem Thema der Migration. Es entstand der Eindruck, alle MigrantInnen und Geflohenen weltweit – oder zumindest aus der näheren Umgebung Europas – wollten nach Deutschland. Plötzlich schien die ganze Welt in Bewegung gekommen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht – darauf hat SÜDWIND bereits mehrfach hingewiesen (vgl. Ferenschild 2011: 7; dies. 2016a: 2). Weder die ganze Welt migriert, noch wollen alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland. Dass die absoluten Zahlen der internationalen MigrantInnen steigen, hängt zum einen mit wachsenden internationalen Flüchtlingszahlen (einem Teil der internationalen Migration) zusammen, aber auch mit der absolut wachsenden Weltbevölkerung: Gemessen an der Gesamtzahl der Weltbevölkerung liegt der Anteil der MigrantInnen über lange Zeiträume gesehen relativ stabil bei etwas über drei Prozent. Dennoch ist es natürlich wichtig zu wissen, aus welchen Regionen, aus welchen Motiven, auf welchen Wegen,

mit welchen Zielen und Perspektiven Menschen migrieren – und ob sich dabei Veränderungen und Trends über die letzten Jahre abzeichnen. Das Wissen über diese „Migrationsmuster“ sollte neben dem Leitmotiv der Menschenrechte die Voraussetzung für politisches Handeln, aber auch für eine zivilgesellschaftliche Begleitung und Kontrolle politischer Entscheidungen liefern.

Wie nötig gerade die zivilgesellschaftliche kritische Begleitung der Politik ist, zeigen die drastischen Veränderungen in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik innerhalb des letzten Jahres: Nachdem die deutsche Regierung aus humanitären Gründen ab August 2015 eine Politik der offenen Grenzen verfolgte, wurden politisches Handeln und öffentliche Debatte in den Folgemonaten zunehmend von einem Angst- und Sicherheitsdiskurs geprägt, der sich zu Beginn des Jahres 2016 zuspitzte. Teil dieses Diskurses war von Beginn an die (begrifflich unsaubere) Unterscheidung zwischen

„guten Flüchtlingen“ und „schlechten Flüchtlingen“ – zwischen denen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und damit „gute Flüchtlinge“ sind, und denen, die aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit ihr Herkunftsland verlassen und deshalb als „schlechte Flüchtlinge“ bezeichnet werden. Allen politisch Handelnden ist bewusst, dass der größte Teil der internationalen MigrantInnen „auf der Suche nach besseren



Flüchtende an der Grenze nach Mazedonien. Foto: Cliff/Flickr.com

ökonomischen und sozialen Möglichkeiten“ (UNFPA 2016: o.p.; Übersetzung: S.F.) ist und damit von ihnen in die Kategorie der „schlechten Flüchtlinge“ eingeordnet wird. Dass diese Unterscheidung irreführend und ideologisch motiviert ist, hat SÜDWIND bereits an anderer Stelle dargelegt (vgl. Ferenschild 2016b: 1f.). Zum einen differenziert diese Unterscheidung begrifflich nicht zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen, zum anderen sind ihr die komplexen Ursachen für Migration gleichgültig, zu denen oft genug das politische und wirtschaftliche Handeln der Industrieländer beiträgt (s. Kap. 2.1).

Die Kontroverse zu „guten“ und „schlechten“ Flüchtlinge blieb aber nicht abstrakt, sondern schaffte den Boden für massive Verschärfungen im deutschen Asylrecht im Rahmen mehrerer Asylpakete: Beschleunigung von Asylverfahren, Einstufung der wichtigen Balkan-Transitländer Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern (s. Kap. 4.2; vgl. Pro Asyl 2015: o.p.), Einordnung der nordafrikanischen Länder Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer durch den Bundestag am 13.05.2016, der der Bundesrat noch zustimmen muss (vgl. ZEIT ONLINE 2016: 1)¹ u.a.m. Wir erleben also eine „Welle“ der Verschärfungen im Asylrecht einerseits, aber andererseits

keine neuen legalen Möglichkeiten, unabhängig von Asylverfahren nach Deutschland einreisen zu können.

Die phasenweise Öffnung Deutschlands im Sommer 2015, die zu einem so großen zivilgesellschaftlichen Engagement geführt hat, war also nur von kurzer Dauer und ist längst von einer so konsequenten wie kurz-sichtigen Abschottungspolitik abgelöst worden. Kurz-sichtig deshalb, weil die Mobilität der Menschen durch Abschottung zwar behindert, aber nicht beendet wird. Solange Menschen ihre Existenzen in ihren Herkunftsregionen nicht sichern können und auf Perspektiven hoffen, die sie dort ebenfalls nicht finden, werden sie Grenzen überwinden.

Deshalb ist ein genauerer Blick auf die Situation in den Herkunftsregionen notwendig, zu dem die vorliegende Publikation beitragen will. Sie lenkt den Blick in das östliche Afrika: Blickt man einige Jahrzehnte zurück, so spielte sich in den Ländern am Horn von Afrika (Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Somalia) „eines der größten Flüchtlingsdramen der Gegenwart“ ab (Brüne / Matthies 1993: 24). In dieser Region liegen heute Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten von Migration und Flucht, manche Staaten sind Herkunft und Ziel zugleich (s. Kapitel 2). Aus dieser Region, insbesondere aus Eritrea, machen sich in den letzten Jahren aber auch zunehmend Menschen auf den Weg nach Europa, zum Teil über die Mittelmeerroute, zum Teil über die Türkei als Transitland und dann weiter auf der Westbalkanroute (s. Kapitel 3). Die Staaten aus dieser Region sind Partner der EU im sog. „Khartum-Prozess“. Was sich dahinter verbirgt und wie der Khartum-Prozess eingebettet ist in die europäische und deutsche Migrations- und Fluchtpolitik, behandelt ein weiteres Kapitel dieser Publikation (s. Kapitel 4), bevor abschließend einige Empfehlungen für eine auf Menschenrechten beruhende Migrationspolitik formuliert werden (s. Kapitel 5).

Mit dem Blick nach Ostafrika möchte diese Studie das Verständnis der LeserInnen weiten und zur Öffnung des sehr europa- oder deutschlandzentrierten Diskurses von Migration und Flucht im Interesse einer globalen und menschenrechtsbasierten Debatte beitragen. Diese Studie steht dabei – wie alle anderen Untersuchungen auch – vor der Herausforderung, dass die Datenlage zu Migrationsbewegungen sehr lückenhaft und irreguläre (also nicht-dokumentierte, nicht-legale) Migration nahezu unsichtbar ist. Wichtige Quellen wie die Statistiken der Weltbank (vgl. Weltbank 2016a und b), des UN-Flüchtlingswerks (vgl. UNHCR 2016) oder des Statistischen Bundesamtes (vgl. Statistisches Bundesamt 2016) geben Einblick in Migrationsbestände.

¹ Stand August 2016: „Die zunächst für den 17. Juni 2016 vorgesehene Beratung über die Zustimmung zu dem Vorhaben setzte der Bundesrat kurzfristig von seiner Tagesordnung ab. Auf Wunsch eines Landes oder der Bundesregierung kann das Gesetz in einer der nächsten Sitzungen des Bundesrates behandelt werden.“ (Bundesrat 2016: o.p.).

Aus diesen lässt sich allerdings nicht ablesen, über welche Transitländer oder -routen Menschen in die Zielländer migriert sind, wie lange sie in den Zielländern leben und ob sie gegebenenfalls hin und her pendeln (vgl. Schoumaker 2013: 5). Auch plötzliche Veränderungen

in den Migrationsbewegungen schlagen sich erst mit zeitlicher Verzögerung in den Statistiken nieder. Dies muss beim Lesen der folgenden Seiten berücksichtigt werden.

2 Der Aufbruch: Subsahara-Afrika in Bewegung?

Das ostafrikanische Eritrea gehört zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern von MigrantInnen, die im Jahr 2015 einen Asylantrag in Deutschland stellten: Für das Jahr 2015 zählte das Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) 10.876 Asylanträge von EritreerInnen, 2013 waren es noch 3.616 (vgl. BAMF 2016: 16). Betrachtet man die eritreische Migration vom Herkunftsland aus, befindet sich Deutschland zwar auch unter den wichtigsten zehn Zielländern eritreischer MigrantInnen, allerdings liegt die Migration nach Deutschland bei einem niedrigen einstelligen Prozentanteil an der Gesamtmigration aus Eritrea: Von den insgesamt rund 387.000 eritreischen MigrantInnen migrierten mehr als 230.000 innerhalb der Region – und zwar in den Sudan (144.000), nach Saudi-Arabien (40.000), Äthiopien (29.000) und in die Vereinigten Arabischen Emirate (17.000; s. Tabelle 1). Obwohl sich die eritreische Migration nach Deutschland in den Jahren 2014 und 2015 deutlich erhöht hat, so durchbricht diese Entwicklung dennoch nicht das typische Muster für internationale Migration in und aus Afrika: Der größte Teil der Migrationsbewegung findet auf regionaler Ebene statt, ein kleinerer, aber wachsender Teil auch über Kontinente hinweg.

Für die zunehmende Migration aus Eritrea (knapp 8 % der Bevölkerung haben das Land verlassen) gibt es – bedingt durch das autokratische Regime unter der Führung von Isayas Afewerki – spezifische Gründe (vgl. Weltbank 2016b: 117). Dazu gehört ganz zentral der

Tabelle1: TOP 10-Zielländer der Migration aus Eritrea (Gesamtzahl bis 2013)

Zielland	Zahl der MigrantInnen
1. Sudan	144.170
2. Saudi Arabien	39.834
3. USA	36.565
4. Äthiopien	29.438
5. Großbritannien	20.172
6. Vereinte Arabische Emirate	17.404
7. Schweden	16.592
8. Italien	13.221
9. Norwegen	12.446
10. Deutschland	10.865

Quelle: Weltbank 2016b

jahrelange Zwangs-Militärdienst (vgl. Morazán / Mauz 2016: 13). Doch ist Eritrea im östlichen Afrika nicht der einzige Staat, aus dem viele Menschen migrieren oder flüchten. Eritrea liegt vielmehr in einem Teil Subsahara-Afrikas (SSA), in dem sich verschiedene politische und ökonomische Krisen konzentrieren, die zu Migration und Flucht führen. Das darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass nicht „ganz Afrika“ migriert oder flieht und dass erst recht nicht alle afrikanischen MigrantInnen den Weg nach Europa nehmen (wollen).

► 2.1 Globalisierung – Ursachen und Motive für moderne Migration

Über Jahrhunderte führten ökologische, kulturelle und politische Entwicklungen zu Migrationsbewegungen in Afrika, die zur Formung der afrikanischen Gesellschaften beigetragen haben. Die nordostafrikanische Region bildete dabei „eine Art Drehscheibe“ zwischen afrikanischen und süd-arabischen Bevölkerungen (Brüne / Matthies 1993: 16). Ein großer Anteil nomadischer Bevölkerung führte in der Region über viele Jahrhun-

derte zu stetigen Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung und der politischen Landschaft (vgl. ebd.).

Durch die Kolonialherrschaft europäischer Staaten wurden diese lokalen Strukturen zerbrochen und transformiert. Sklavenhandel und Rohstoffausbeutung waren zentrale Aspekte dieser Herrschaft, aber auch



Foto: Rasande Tyskar/Flickr.com

geostrategische Aspekte: Mit der Eröffnung des Suezkanals im Jahr 1869 erhielt das Horn von Afrika eine wichtige geostrategische Position auf dem Weg zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean. Frankreich, Italien und Großbritannien sicherten sich mit Dschibuti und Somalia koloniale Gebiete und konnten so ihre Handelswege besser schützen: U.a. die Schiffe der Britischen Ostindien-Kompanie nahmen ab 1869 den Weg durch den Suez-Kanal und drohten ohne militärische Unterstützung eine leichte Beute für Piraten zu werden (vgl. Klein 2012: 1).

Formell erlangten die afrikanischen Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit, doch hinterließ die Kolonialherrschaft unterentwickelte, verarmte und teilweise zerstörte Gesellschaften. Äthiopien wurde zwar nie kolonisiert, entwickelte sich in der postkolonialen Ära aber genauso wie andere junge afrikanische Staaten zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen im Kalten Krieg sowie politischen Kontrollversuchen durch die rivalisierenden Weltmächte. Dass sich – wie in der Einführung bereits angesprochen – in dieser Region eins der größten Flüchtlingsdramen der 1980er und beginnenden 1990er Jahre abspielte, mit vielen Millionen Vertriebenen und (Hunger-) Toten, hat unmittelbar mit der Geopolitik der beiden damaligen Weltmächte Sowjetunion und USA, assistiert von europäischen Alliierten, zu tun. Die ganze Region wurde massiv mit modernen Waffen ausgerüstet, was nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entscheidend zum Versuch der militärischen Lösung regionaler Konflikte beitrug (vgl. Brüne / Matthies 1993: 24ff.).

Dieser historische Hintergrund, der hier nur gestreift wird, ist zentral, um die Migrationsbewegungen in und aus Afrika zu verstehen und einzuordnen (vgl. Castles / de Haas / Miller 2016a: 1ff.).

► 2.2 Migration in und aus Subsahara-Afrika

In Subsahara-Afrika (SSA) lebten nach Angaben der Weltbank im Jahr 2014 knapp 1 Milliarde Menschen. Rund 23 Millionen von ihnen (davon knapp 4,5 Mio. Flüchtlinge) zählten im Jahr 2013 zu den grenzüberschreitenden MigrantInnen. Dies entspricht 2,5 % der Gesamtbevölkerung SSAs und liegt unter dem globalen Durchschnitt, der im Jahr 2000 bei 2,8 % und im Jahr 2015 bei 3,3 % der Weltbevölkerung lag (vgl. UN-DESA 2015: 3). Mit Somalia, dem Sudan und Südsudan liegen drei der zehn wichtigsten Migrations-Herkunftsstaaten SSAs im östlichen Afrika.²

Auch die Zahl der EinwandererInnen in Staaten Subsahara-Afrikas liegt unterhalb des globalen Durchschnitts: Nur 18 Millionen Menschen oder 1,9 % der Gesamtbevölkerung SSAs lebten im Jahr 2013 als Eingewanderte in SSA-Staaten. Die zehn wichtigsten Einwanderungsländer waren Südafrika, die Côte d'Ivoire, Nigeria, Kenia, Äthiopien, Burkina Faso, Tansania, Südsudan, Kamerun und Uganda (vgl. Weltbank 2016b: 35).

>> Den Angaben der Weltbank zufolge ist die Bevölkerung aus den Staaten südlich der Sahara also relativ sesshaft – auch im Vergleich zu europäischen und zentralasiatischen Entwicklungsländern, deren Bevölkerung zu mehr als 12 % migriert ist (vgl. a.a.O: 27). Das in Europa vorherrschende Bild von Afrika als einem „Kontinent in Bewegung“ muss also korrigiert werden (Flahaux / de Haas 2014: 2).

Zwei Drittel der afrikanischen MigrantInnen migrieren innerhalb der Herkunftsregion. Lediglich ein Viertel lebt in OECD-Ländern mit hohem Einkommen, die übrigen MigrantInnen migrieren in Nicht-OECD-Staaten außerhalb ihrer Herkunftsregion. Festzustellen ist allerdings auch, dass die innerafrikanische Migration tendenziell sinkt, während die interkontinentale Migration zunimmt. Entgegen allgemeiner Überzeugungen findet die interkontinentale Migration nicht primär irregulär statt, sondern die meisten afrikanischen MigrantInnen verfügen über gültige Papiere und Visa und migrieren – wie im Fall der meisten anderen Her-

² Angaben für 2013; die anderen sieben Herkunftsstaaten sind Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Nigeria, Côte d'Ivoire, Simbabwe, Mali, Südafrika.

kunftsregionen auch – aus familiären, arbeitsbezogenen oder Studiengründen. Auf diese Weise reisten seit den frühen 2000er Jahren jährlich rund 100.000 MigrantInnen aus Subsahara-Afrika legal in europäische Länder ein (vgl. Flahaux / de Haas 2014: 5; Schoumaker u.a. 2013: 4).

>> Das europäische Bild von zahllosen afrikanischen MigrantInnen, die ohne Papiere und ohne „echte“ Fluchtgründe nach Europa wollen, passt also nicht zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen über den mehrheitlich regulären Charakter der afrikanischen Migration, die außerdem primär innerhalb der Herkunftsregion stattfindet. Ob diese Unstimmigkeit durch unterschiedliche Zeithorizonte (kurzfristige Entwicklungen in Medienberichten versus langfristige Erhebung wissenschaftlicher Erkenntnisse) oder durch ideologisch motivierte Überzeichnung grundsätzlich unveränderter Migrationsentwicklungen verursacht wird, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen.

Ungefähr jedeR fünfte MigrantIn flieht vor gewalttätigen Konflikten, ist also gezwungen, seinen bzw. ihren Herkunftsstaat zu verlassen. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass vier von fünf MigrantInnen aus SSA nicht „fliehen“, sondern aus anderen Gründen migrieren. Diese Gründe werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft gleichgesetzt mit Armut und / oder Vertreibung. Ohne die Bedeutung von Armut und Vertreibung als Migrationsgründe leugnen zu wollen, darf man die Migrationsmotive von Menschen doch nicht auf diese zwei Faktoren reduzieren. Entscheidend sind vielmehr auch – so paradox das zunächst klingt – gelungene Entwicklungsprozesse: Wo die materiellen Ressourcen für grenzüberschreitende Migration vorhanden sind, wo Menschen eine bessere Ausbildung haben und sich für ihr Leben Perspektiven vorstellen, die sie an ihrem Herkunftsort nicht verwirklichen können, migrieren Menschen häufiger als bei fehlenden materiellen Ressourcen oder geringer Qualifikation (vgl. Flahaux / de Haas 2014: 6). Darauf verweist die Tatsache, dass der Anteil der AuswandererInnen an der Gesamtbevölkerung eines Herkunftsland mit mittleren Werten im Bereich menschlicher Entwicklung (gemessen mit dem Human Development Index – HDI³) höher liegt als ihr Anteil in einem Herkunftsland mit niedrigen HDI-Werten. Erst wenn ein Land hohe Werte in der menschlichen Entwicklung aufweist, geht die Auswanderung zurück und die Einwanderung steigt (vgl. de Haas 2011: o.p.).

>> Die Vorstellung von den Ärmsten der Armen, die nach Europa aufbrechen, passt nicht zu den Erkenntnissen über die Bedeutung von gelungenen Entwicklungsprozessen für die grenzüberschreitende Migration.

Wer einmal migriert ist, ob freiwillig oder gezwungen, lässt meist Familie im Herkunftsland zurück. Viele MigrantInnen unterstützen ihre zurückgebliebenen Angehörigen über viele Jahre hinweg auf vielfältige Weise, u.a. mit sog. Rücküberweisungen. Alle Staaten Subsahara-Afrikas zusammen erhielten im Jahr 2015 geschätzte 35 Mrd. US-Dollar an Rücküberweisungen, rund 10 Mrd. US-Dollar mehr als noch im Jahr 2006. Diese Steigerung liegt allerdings deutlich unter dem Wachstum der Rücküberweisungen an Entwicklungsländer insgesamt, die sich im gleichen Zeitraum von 227 Mrd. US-Dollar auf mehr als 440 Mrd. US-Dollar nahezu verdoppelt haben. Während der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Rücküberweisungen zwischen 2006 und 2015 gestiegen ist, sank der Anteil Subsahara-Afrikas in diesem Zeitraum sowohl an den weltweiten Rücküberweisungen als auch an den Rücküberweisungen an Entwicklungsländer. Kein Wunder also, dass Subsahara-Afrika die einzige Weltregion ist, die mit knapp 47 Mrd. US-Dollar im Jahr 2013 mehr öffentliche Entwicklungshilfe erhielt als sie Rücküberweisungen empfing (vgl. Weltbank 2016b: 36; s. auch Tabelle 2).

>> Die hohe Bedeutung regionaler Migration innerhalb SSAs und die wachsenden Schwierigkeiten für AfrikanerInnen, legal in Industrieländer einreisen und dort einer Beschäftigung nachgehen zu können, die ihren Qualifikationen entspricht, begrenzen das Potenzial, das Rücküberweisungen für die Existenzsicherung der Herkunftsfamilien und die Bildungschancen der nachwachsenden Generationen haben (vgl. Ferenschild 2011: 43).

Tabelle 2: Anteil der Rücküberweisungen an Entwicklungsländer und an SSA, 2006 und 2015e

Rücküberweisung	2006	2015e
Welt	100 %	100 %
Anteil SSA an Welt	7 %	6 %
Anteil EL an Welt	69 %	73 %
Anteil SSA an EL	10 %	8 %

Quelle: Weltbank 2016b: 36; e: Schätzung

³ Der Human Development Index (HDI, Index für humane Entwicklung), der Vereinten Nationen ist ein Wohlstandsindikator für Staaten. Er berücksichtigt neben dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf die Lebenserwartung und Ausbildungsdauer in Schuljahren, die ein 25-Jähriger absolviert hat, sowie der voraussichtlichen Dauer der Ausbildung eines Kindes im Einschulungsalter.

► 2.3 Migration und Flucht im östlichen Afrika

Die Situation im östlichen Afrika scheint dem oben Gesagten zunächst zu entsprechen: Blickt man nach Äthiopien und seine sechs Nachbarländer liegt der Anteil der MigrantInnen, die ihre Herkunftsländer verlassen, mit 2,8 % an der Gesamtbevölkerung der Region etwas über dem Durchschnitt für SSA, aber dennoch unter dem globalen Durchschnitt. Während Dschibuti, Äthiopien und Kenia primär Zielländer von Migration sind, sind Eritrea, Somalia, Sudan und der Südsudan vor allem Herkunftsländer. In Eritrea, Somalia und Südsudan ist der Anteil der EmigrantInnen an der Gesamtbevölkerung besonders hoch (s. Tabelle 3). Dies hängt vor

allem mit politischen und gewaltsamen Konflikten in den Staaten zusammen (s.u.). Die gesamte Region beherbergt deutlich weniger Eingewanderte als der Welt-durchschnitt. Lediglich Dschibuti fällt durch einen sehr hohen Anteil Eingewanderter an der Gesamtbevölkerung auf.

>> Die Bevölkerung in den ostafrikanischen Beispielstaaten migriert im Vergleich zum globalen Durchschnitt in geringem Umfang grenzüberschreitend. Allerdings liegt sie über dem Durchschnitt für Subsahara-Afrika.

Tabelle 3: MigrantInnen in Ostafrika, ausgewählte Länder

Land	Gesamtbevölkerung (2014)	Emigration gesamt bis 2013	Anteil Emigration an Gesamtbevölkerung (2013)	Immigration gesamt bis 2013	Anteil Immigration an Gesamtbevölkerung (2013)
Äthiopien	97,0 Mio.	749.100	0,8 %	774.800	0,8 %
Dschibuti	0,9 Mio.	14.900	1,7 %	123.500	13,7 %
Eritrea	5,1 Mio.	387.400	7,6 %	15.800	0,3 %
Kenia	44,9 Mio.	475.500	1,1 %	892.700	2,0 %
Somalia	10,5 Mio.	1.920.900	18,3 %	24.600	0,2 %
Sudan	39,4 Mio.	1.508.300	3,8 %	446.700	1,1 %
Südsudan	11,9 Mio.	759.100	6,4 %	629.600	5,3 %
Summe	209,7 Mio.	5.815.200	2,8 %	2.907.700	1,4 %
Deutschland	80,9 Mio.	4.141.400	5,1 %	11.110.900	13,7 %

Quelle: Eigene Darstellung nach Weltbank 2016a; Zahlen gerundet;

Tabelle 4: MigrantInnen in Ostafrika, ausgewählte Länder

Herkunftsland	Zielland							Summe
	Äthiopien	Dschibuti	Eritrea	Kenia	Somalia	Sudan	Südsudan	
Äthiopien	–	13.549	108	21.610	2.046	62.431	8.249	107.993
Dschibuti	3.827	–	0	799	0	0	0	4.626
Eritrea	29.438	0	–	2.456	34	144.170	2.851	178.949
Kenia	0	0	348	–	0	2.661	8.212	11.221
Somalia	475.183	102.305	2.434	482.390	–	130	0	1.062.442
Sudan	28.043	0	207	29.066	0	–	407.925	465.241
Südsudan	165.472	0	1.476	14.200	3	83.655	–	264.806
Summe	701.963	115.854	4.573	550.521	2.083	293.047	427.237	2.095.278

Quelle: Eigene Darstellung nach Weltbank 2016a

Tabelle 5: Emigration in die EU aus den Beispielländern (Gesamt bis 2013)

Land	EMIGRATION	Emigration in die EU	Anteil an Gesamtmigration der Herkunftsländer	Emigration nach Deutschland	Anteil an Gesamtmigration der Herkunftsländer
Äthiopien	749.100	108.125	14,4 %	10.865	1,5 %
Dschibuti	14.900	7.026	47,2 %	0	0,0 %
Eritrea	387.400	63.806	16,5 %	10.865	2,8 %
Somalia	1.920.900	219.832	11,4 %	8.053	0,4 %
Kenia	475.500	173.149	36,4 %	9.507	2,0 %
Sudan	1.508.300	14.567	1,0 %	0	0,0 %
Südsudan	759.100	7.913	1,0 %	0	0,0 %
Summe	5.785.200	594.418	10,2 %	39.290	0,7 %

Quelle: Weltbank 2016a

Nur ein relativ kleiner Teil migriert über Kontinente hinweg: Knapp 600.000 oder rund 10 % der rund 5,8 Mio. MigrantInnen aus den ostafrikanischen Herkunftsländern sind in die EU migriert (s. Tabelle 5)⁴. Dass die Migration aus Dschibuti und Kenia mit 47 % bzw. 36 % besonders stark auf die EU ausgerichtet ist, lässt sich aus den kolonialen Beziehungen dieser Länder zu Frankreich bzw. Großbritannien erklären: Von den 7.026 DschibuterInnen in der EU leben 6.491 in Frankreich, von den rund 173.000 KenianerInnen in der EU leben 145.000 in Großbritannien. Bei einer EU-Bevölkerung von 508 Mio. Menschen entsprechen die MigrantInnen aus dem östlichen Afrika einem Bevölkerungsanteil von rund 0,1 %.

>> Die grenzüberschreitende Migration aus dem östlichen Afrika erfolgt vor allem innerhalb der Region und nur zu einem kleineren Teil inter-kontinental.

Blickt man auf Äthiopien und seine Nachbarstaaten, dominieren klassische Fluchtursachen wie gewalttätige Konflikte, politische Unterdrückung und staatliche Instabilität das Migrationsgeschehen. Hierin unterscheidet sich die Region am deutlichsten von den Migrationsmustern in Subsahara-Afrika insgesamt. Von den genannten 4,5 Mio. Flüchtlingen aus SSA-Staaten kommt mehr als die Hälfte aus den östlichen Staaten Somalia, Sudan, Südsudan und Eritrea (s. Tabelle 6). Diese Staaten sind alle Nachbarstaaten von Äthiopien, das durch die Krisen in seinen Nachbarländern zum größten Aufnahmeland registrierter Flüchtlinge in Afrika geworden ist (vgl. UNHCR 2016: 3). Laut UNHCR stieg die Zahl der registrierten Flüchtlinge in Äthiopien im Jahr 2015 auf 739.156 Menschen (vgl. a.a.O.: 2).

Tabelle 6: Flüchtlinge in Ostafrika, ausgewählte Länder

Land	Flucht aus dem Land (2014)	Emigration gesamt (2013)	Flucht in das Land (2014)	Immigration gesamt (2013)
Äthiopien	86.773	749.100	659.510	774.800
Dschibuti	860	14.900	20.520	123.500
Eritrea	363.026	387.400	2.898	15.800
Kenia	8.529	475.500	551.336	892.700
Somalia	1.106.019	1.920.900	2.717	24.600
Sudan	665.908	1.508.300	277.818	446.700
Südsudan	616.191	759.100	248.152	629.600
Summe	2.847.306	5.785.200	1.762.951	2.907.700

Quelle: Eigene Darstellung nach Weltbank 2016a und b

Ohne Berücksichtigung der aus Fluchtgründen initiierten Migration liegt die grenzüberschreitende Migration im östlichen Afrika deutlich niedriger als Tabelle 3 wiedergibt: Im Durchschnitt der sieben Länder ist jeder Zweite, der / die emigriert, ein Flüchtling. Zwei von drei Menschen, die in die sieben Länder einwandern, sind ebenfalls Flüchtlinge. Dieses sehr stark von Flucht geprägte Migrationsmuster in der Region bedeutet eine große Belastung für die Aufnahme-Staaten, denn Flüchtlinge sorgen zumindest in der Anfangszeit meist nicht für sich selbst, sondern müssen versorgt werden. Zudem ist unklar, wie lange diese bleiben werden. Die Belastung für die sieben Länder ist auch deshalb besonders groß, weil ihre Bevölkerung durchschnittlich ohnehin mit geringen Pro-Kopf-Einkommen überleben

⁴ Die Migration nach Nordamerika bewegt sich ungefähr in der gleichen Größenordnung wie die Migration in die EU (USA: 490.000; Kanada: knapp 100.000); vgl. Weltbank 2016a.

muss und die Regierungen über geringe finanzielle Spielräume verfügen. Die Weltbank ordnet Dschibuti, Kenia und Sudan zwar als Länder mittleren Einkommens ein. Wesentlich aussagekräftiger ist jedoch der Human Development Index (HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Dieser zieht zur Berechnung des Entwicklungsstandes neben der Höhe der Einkommen unter anderem auch den Stand der Gesundheitsversorgung und den Bildungsgrad der Bevölkerung heran. Im HDI liegen alle sieben Staaten auf den hinteren Rängen. Kein Land erreicht ein mittleres Niveau. Auf der 188 Länder umfassenden Liste liegt Kenia mit Platz 145 noch am höchsten und Eritrea liegt mit Platz 186 ganz hinten. Sudan (Platz 167), Dschibuti (Platz 168), Südsudan (Platz 169) und Äthiopien (Platz 174) liegen zwischen diesen beiden. Für Somalia liegt keine Einstufung vor (vgl. UNDP 2015: 210f.).

>> Niedrige grenzüberschreitende Migration im östlichen Afrika kombiniert mit einem niedrigen Level menschlicher Entwicklung (HDI) in allen Beispielländern – dies passt zu der These, dass nicht die Ärmsten der Armen migrieren, sondern dass ein gewisses Level im Bereich menschlicher Entwicklung nötig ist, um Menschen zur grenzüberschreitenden Migration zu befähigen (s.o.). Dass die Migration in dieser Region in besonderem Ausmaß von Flucht geprägt ist, also erzwungen erfolgt, lässt das Migrationsthema dennoch für die Staaten der Region – und in der Folge auch für die Europäische Union – zu einem Hot Spot werden.

Wie sieht es mit den Rücküberweisungen in die Beispielländer aus? Leider nennt die Weltbank keine Zahlen für Rücküberweisungen aus Eritrea, Somalia und Südsudan. Abgesehen davon lässt sich aber feststellen, dass für alle unsere Beispielländer der gleiche Trend

Tabelle 7: Rücküberweisungen (2006 und 2015e) und ODA (2013) in Mio. US-Dollar

Land	2006	2015e	ODA 2013
Äthiopien	172	635	3.830
Dschibuti	28	36	150
Eritrea	-	-	80
Kenia	570	1.565	3.240
Somalia	750*	-	990
Sudan	801	513	1.160
Südsudan	-	-	1.450
Summe	2.321	2.740	10.900
Deutschland	7.481	17.491	

e: Schätzung

* Angabe für 2004 nach Castles / de Haas / Miller 2016b: 1.

Quelle: Weltbank 2016b

wie für Subsahara-Afrika insgesamt gilt: Die Rücküberweisungen sind in den letzten zehn Jahren trotz Weltwirtschaftskrise und prekärer Arbeitsbedingungen vieler MigrantInnen deutlich gestiegen. Allerdings gilt auch, dass die internationale öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) die Rücküberweisungen um das Mehrfache überschritt. Dabei konzentrierten sich zwei Drittel der ODA auf Äthiopien und Kenia (s. Tabelle 7).

>> Noch deutlicher als für andere SSA-Staaten ist die Bedeutung von Rücküberweisungen für die Region der ostafrikanischen Länder begrenzt. Während die Rücküberweisungen an alle Entwicklungsländer die ODA-Mittel seit vielen Jahren übersteigen und mittlerweile ungefähr dreimal so hoch sind (vgl. Weltbank 2016b: 17), hängen die ostafrikanischen Länder wesentlich stärker von ODA-Mitteln als von Rücküberweisungen ab.



Rücküberweisungen sind in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen,
Foto: AU/UN IST PHOTO / STUART PRICE/Flickr.com

3 Der Weg

Blickt man auf die knapp 600.000 Menschen aus den ostafrikanischen Beispielländern, die bis einschließlich 2013 nach Europa migriert waren (s. Tabelle 5), ist es nötig, zu differenzieren. Zwar sind die Bilder der

Flüchtlinge, die die Mittelmeer- oder Balkanroute nach Europa zu bewältigen versuchen, sehr einprägsam, doch bilden sie nur einen Teil der Realität ab.

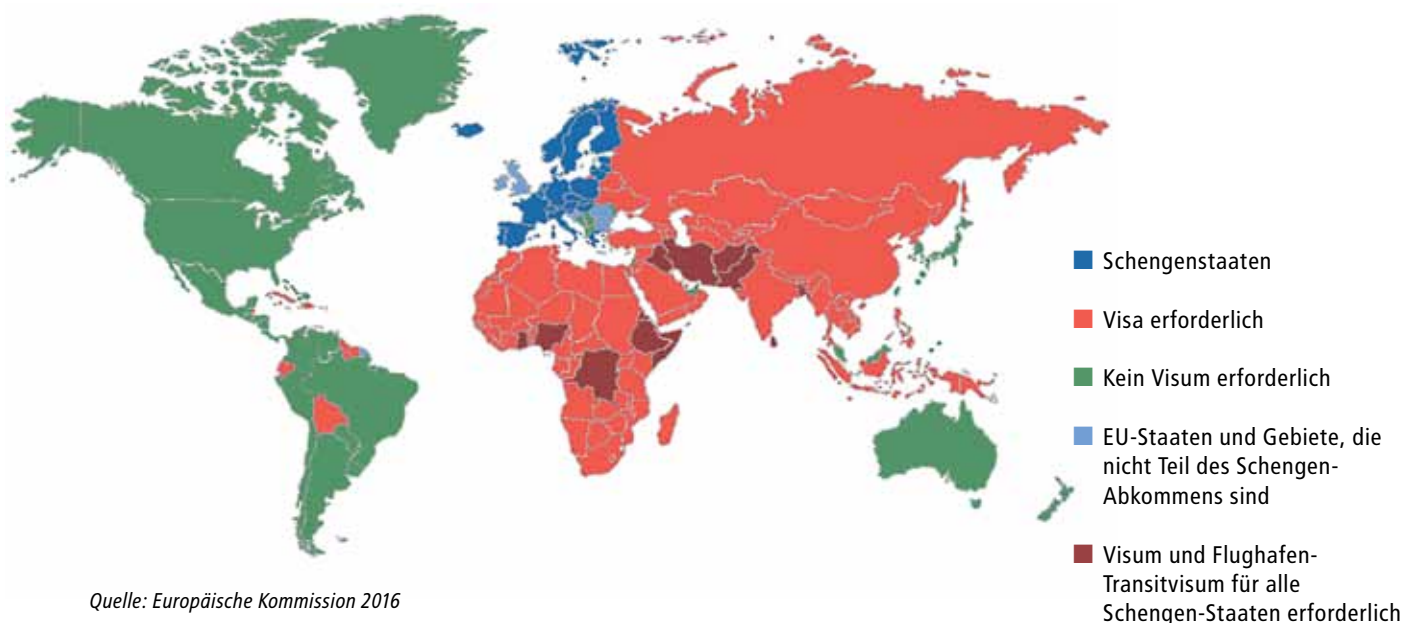
► 3.1 Der reguläre Weg

Der größte Teil der AfrikanerInnen, die in der EU leben, hält sich legal in der EU auf. Die meisten AfrikanerInnen, die mittlerweile ohne regulären Aufenthaltstitel in der EU leben, sind ursprünglich legal eingereist und haben dann ihren Aufenthalt „überzogen“. Das bedeutet nichts anderes, als dass sie zwar ein Visum für die Einreise besaßen, allerdings nach Ablauf ihres Visums ihrer Ausreisepflicht nicht nachgekommen sind.

Anders als BürgerInnen der Europäischen Union sowie verschiedener privilegierter Staaten, mit denen auf europäischer Ebene Visumsfreiheit vereinbart wurde, benötigen alle Menschen aus afrikanischen Ländern

ein Visum für die Mitgliedsstaaten des Schengenraums (vgl. Guillén 2014: o.p.). Dies gilt sowohl für kurzzeitige wie für langzeitige Aufenthalte. Für einige afrikanische Staaten – unter ihnen Eritrea, Äthiopien und Somalia – gilt sogar die Notwendigkeit eines Flughafen-Transitvisums in allen Schengenstaaten. Deutschland verlangt darüber hinaus ein Transitvisum von Reisenden aus dem Sudan und dem Südsudan. Das bedeutet, dass Reisende aus diesen Staaten, die auf dem Weg in einen Nicht-EU-Staat an einem Schengen-Flughafen umsteigen müssen / wollen, ein Transitvisum der EU benötigen, auch wenn sie sich nur im Transitbereich des Flughafens aufhalten (s. Abb. 1).

Abb. 1: Visaanforderungen für den Schengenraum



Legal in ein anderes Land einzureisen ist für BürgerInnen afrikanischer Staaten deutlich schwieriger und mit höherem bürokratischen Aufwand verbunden als zum Beispiel für EU-BürgerInnen: Dies zeigt allein schon ein Blick auf die Liste der 30 Staaten, deren BürgerInnen am wenigsten durch Visa-Restriktionen eingeschränkt werden. Fast alle EU-Staaten sind auf dieser Liste enthalten (Deutschland unter den Top 3), während kein afrikanischer Staat unter den Top 30 zu finden ist (vgl. UNWTO 2016: 24).



Foto: Rasande Tyskar/Flickr.com

Für BürgerInnen der ostafrikanischen Beispielländer ist die Beantragung eines Visums zwar nicht sehr teuer (im Falle der Antragstellung bei deutschen Botschaften liegen die Kosten bei 60 Euro), doch müssen die Visa nach Ausfüllung von Online-Formularen durch persönliches Vorsprechen in der jeweiligen Botschaft beantragt werden, was Reisekosten und Wartezeiten mit sich bringt. Während in Kenia zum Beispiel ein Termin in der deutschen Botschaft bereits zwei Wochen nach Anfrage zu erhalten ist, dauert es in Äthiopien neun Wochen (Stand: 01.07.2016). In einigen Fällen müssen Visa für den Schengen-Raum auch in den ostafrikanischen Nachbarländern beantragt werden, was die Hürden und Kosten nochmal erhöht.

Wer einmal ein Visum für die Einreise in die EU erhalten hat, kann ein Verkehrsmittel seiner Wahl aussuchen. Ohne eine solche Einreiseerlaubnis dürfen seit dem Jahr 2001 Beförderungsunternehmen, z.B. Fluggesellschaften, laut EU-Richtlinie 2001/51/EG Menschen nicht straffrei in die EU befördern. Bis dahin war das durchaus möglich. Die Menschen, die ohne Visum einreisten, mussten die daraus folgenden Probleme dann am Einreiseort selbst mit den Behörden klären (vgl. Braun 2015: o.p.).

Trotz der genannten Erschwernisse ist der legale Weg im Vergleich mit dem Versuch der irregulären Einreise nach Europa preiswert, zügig und sicher. Wer also die Möglichkeit hat, legal einzureisen, tut dies auch.

► 3.2 Der irreguläre Weg

Vermutlich einige Zehntausend AfrikanerInnen pro Jahr erreichen Europa auf irregulären Wegen (vgl. Castles / de Haas / Miller 2014: 188). Die Menschen, die irregulär nach Europa kommen, reisen gefährlich. Sie sind Gewalt und Missbrauch verschiedenster Art ausgesetzt, insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche sind gefährdet, Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel zu werden. Eine erhöhte Aufmerksamkeit auf diese Gruppe der irregulären MigrantInnen zu richten, ist also auch aus humanitären Gründen wichtig. Diese erhöhte Aufmerksamkeit für die irreguläre Migration darf aber eben nicht den Blick dafür verstellen, dass sie nur ein Teil der Gesamtmigration ist.

Wer aus Subsahara-Afrika ohne Visum nach Europa migrieren will, hat einen langen, schweren Weg vor sich. Seit die EU-Richtlinie 2001/51/EG den relativ sicheren und schnellen Flugweg versperrt, stehen LKWs, PKWs, Schiffe oder Boote als Transportmittel zur Verfügung. Je nach Herkunfts- oder Transitland auf dem afrikanischen Kontinent werden dabei laut der europäischen

Grenzschutzagentur FRONTEX fünf unterschiedliche Routen gewählt. Die Flexibilität, mit der MigrantInnen mal die eine, mal die andere Route nehmen, deutet auf eine relativ gute Informationslage der MigrantInnen selbst oder ihrer HelferInnen hin: Sie wissen, wo Grenzen leichter zu überwinden sind und wo Grenzen verstärkt werden. Dies zeigt der Blick auf die einzelnen Routen (s. Kasten). Dieses Wissen ist für Menschen auf dem Weg nach Europa überlebenswichtig. Technische Hilfsmittel wie Smartphones sind entscheidend, um über die neuesten Informationen zu verfügen, von denen zu lernen, die schon voraus gegangen sind und Informationen weiterzugeben an die, die folgen. Sie sind auch das entscheidende Bindeglied, um den Kontakt zur Familie und zu FreundInnen in den Herkunftsregionen aufrechtzuerhalten. Die Flexibilität auf dem Migrationsweg veranschaulicht auch sehr klar, dass die Errichtung oder Verstärkung von Grenzanlagen Migration nicht verhindert, sondern lediglich Migrationsrouten verlagert und Migration insgesamt teurer, gefährlicher und tödlicher macht.

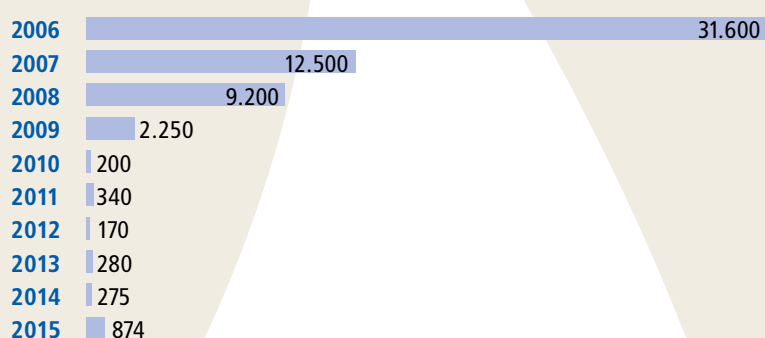
Irreguläre Wege in die EU

Die Westafrikanische Route

Als Westafrikanische Route bezeichnet FRONTEX die Seepassage vor allem aus dem Senegal und aus Mauretanien auf die Kanarischen Inseln. Menschen aus verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern nutzen diese Route. Sie steigen in kleine Fischerboote und wagen die Überfahrt. Unterstützt werden sie dabei von losen Netzwerken, nicht von stabilen, permanenten Schlepperstrukturen.

Im Jahr 2015 zählte FRONTEX 874 illegale Grenzübertritte auf dieser Route. Die drei wichtigsten Herkunftsländer waren dabei Guinea (365), die Elfenbeinküste (136) und Gambia (85). Dass die Zahlen so stark gesunken sind im Vergleich zu den fast 32.000 Grenzüberschreitungen auf dieser Route im Jahr 2006 führt FRONTEX auf bilaterale Abkommen zwischen Spanien einerseits, Mauretanien und Senegal andererseits zurück, aber auch auf Rückkehrabkommen mit den Herkunftstaaten und eine strengere Grenzkontrolle entlang der spanischen Küste, einschließlich der gemeinsamen Operation „Hera“, die von FRONTEX koordiniert wird.

Abb. 2: Irreguläre Grenzübertritte
Westafrikanische Route, 2006-2015

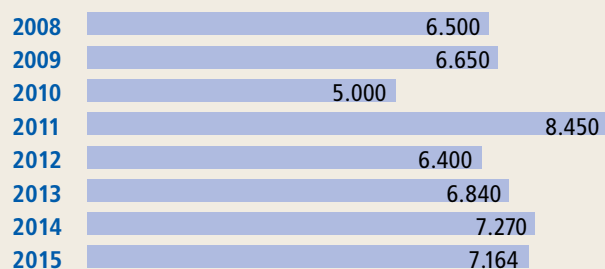


Die Westliche Mittelmeerroute

Unter der Bezeichnung Westliche Mittelmeerroute versteht FRONTEX die Seepassage von Nordafrika auf die iberische Halbinsel, inklusive des Landwegs in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Vor allem Menschen aus Algerien und Marokko nutzen diese Route. In den letzten Jahren wird sie zunehmend aber auch von Menschen aus SSA sowie aus östlichen Ländern wie Syrien genutzt. Die Menschen auf dieser Route verstecken sich in LKWs und Containern, die auf Fähren zu den spanischen Häfen Almeria und Algeciras das europäische Festland erreichen, oder klettern über die Zäune von Ceuta und Melilla. Im Jahr 2005 wurden die Grenzzäune dieser beiden Orte zum wichtigsten Eintrittspunkt irregulärer Migration in die EU. Tausende von Menschen aus Subsahara-Afrika versuchten in dem Jahr, die Zäune von Ceuta und Melilla zu überwinden. Spanien verstärkte daraufhin die Grenzkontrollen und baute die Grenzanlagen aus, was neben der wachsenden Arbeitslosigkeit in Spanien (einhergehend mit sinkenden Erwerbschancen für MigrantInnen) ein Grund war für die zurückgehenden Versuche in den Folgejahren, über diese Route Europa zu erreichen. Seit 2011 steigen die Zahlen aber wieder und erreichten 2014 einen neuen Höhepunkt – dem Jahr, in dem Konflikte und Gewalt in Mali, Sudan, Südsudan, Kamerun, Nigeria, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik große Bevölkerungsteile vertrieben.

Im Jahr 2015 ging die Zahl der Menschen auf dieser Route wieder leicht auf 7.164 zurück, die wichtigsten Herkunftsländer waren Guinea (1.991), Algerien (1.052) und Marokko (828).

Abb. 3: Irreguläre Grenzübertritte
Westliche Mittelmeerroute, 2008-2015

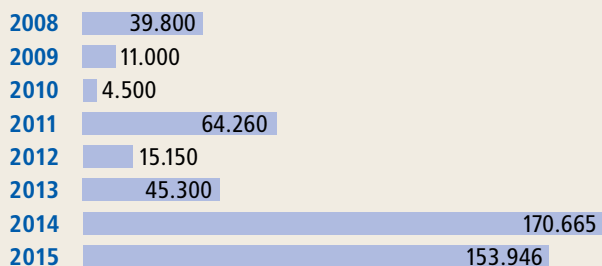


Zentrale Mittelmeerroute

Die Zentrale Mittelmeerroute bezeichnet die Seepasssage von Nordafrika Richtung Italien und Malta über das Mittelmeer. Vor allem in Libyen sammeln sich MigrantInnen aus dem östlichen und dem westlichen Afrika, bevor sie auf kleinen, oft nicht hochseetüchtigen Booten von Schleppernetzwerken nach Europa verschifft werden. Bis zum Beginn des Bürgerkriegs 2011 bot Libyen selbst gute Arbeitsgelegenheiten für MigrantInnen aus dem restlichen Afrika, die entweder Libyen als Zielland ihrer Reise hatten oder aber die Arbeitsmöglichkeiten dort nutzten, um Geld für die Weiterreise zu verdienen.

Im Jahr 2015 versuchten 153.946 Menschen, auf dieser Route Europa zu erreichen. Von diesen kamen 38.791 aus Eritrea, 21.914 aus Nigeria und 12.430 aus Somalia. Seit vielen Jahren schon ist diese Route ein wichtiger Eintrittspunkt für irreguläre MigrantInnen. Nutzten im Jahr 2008 noch knapp 40.000 Menschen diese Route, so sank die Zahl im Folgejahr deutlich, weil Italien ein bilaterales Abkommen mit Libyen geschlossen hatte. Zivile Unruhen in Tunesien und Libyen trugen aber im Jahr 2011 zu einer sprunghaften Steigerung bei. Unter den MigrantInnen befanden sich viele Personen aus SSA, die vom libyschen Regime vertrieben wurden. Im folgenden Jahr 2012 sank die Zahl der Menschen auf der zentralen Mittelmeerroute wieder, weil Italien und Tunesien ein Rückübernahmeabkommen abschlossen und das Gaddafi-Regime in Libyen gestürzt wurde. Seit 2013 stiegen die Zahlen erneut - angesichts der perspektivlosen und rechtsfreien Situation, in der viele MigrantInnen vor allem in Libyen gestrandet sind, ist dies nicht verwunderlich. 2014 wurde mit mehr als 170.000 MigrantInnen, die allein in Italien ankamen, die historisch größte irreguläre Zuwanderung in ein europäisches Land gezählt. 2015 war die Gesamtzahl leicht gesunken. Auf dieser Route stellen die SSA-Länder Eritrea, Nigeria und Somalia die wichtigsten Herkunftsländer dar (vgl. Frontex 2016: 16).

Abb. 4: Irreguläre Grenzübertritte
Zentrale Mittelmeerroute, 2008-2015

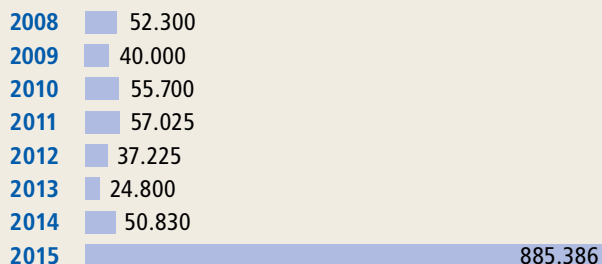


Die Östliche Mittelmeerroute

Die Östliche Mittelmeerroute bezeichnet in erster Linie die Seepasssage von der Türkei nach Griechenland, größtenteils auf die griechischen Inseln nahe der türkischen Küste, wie vor allem Lesbos. Die meisten MigrantInnen auf dieser Route kommen aus Syrien, Afghanistan und Somalia. Es kommen aber auch zunehmend Menschen aus anderen SSA-Staaten, was laut FRONTEx insbesondere in den türkischen Visaerleichterungen für viele afrikanische Länder begründet liegt. AfrikanerInnen können so per Flugzeug in die Türkei reisen und von dort weiter in die Europäische Union.

Im Jahr 2015 erreichten rund 885.000 MigrantInnen die EU über diese Route, was eine Vervielfachung der Vorjahres-Zahlen bedeutet. Von Griechenland aus nutzen viele die Westliche Balkanroute für ihren weiteren Weg.

Abb. 5: Irreguläre Grenzübertritte
Östliche Mittelmeerroute, 2008-2015



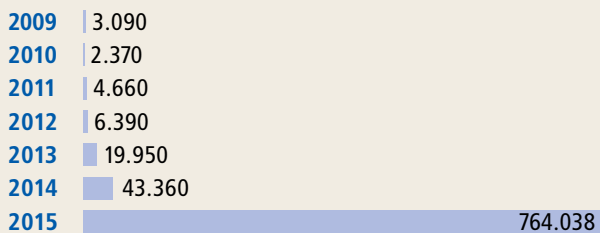
Die Westliche Balkanroute

Auf der westlichen Balkanroute kommen zwei verschiedene Migrationsbewegungen zusammen: zum einen migrieren Menschen aus den westlichen Balkanstaaten Richtung EU und zum anderen migrieren vor allem Menschen aus Asien. Zuvor sind sie über die Zentrale Mittelmeerroute (s.o.) oder die Östliche Grenzlandroute (s.u.) auf dem See- oder Landweg in die EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien oder Griechenland eingereist. Sie wollen aber weiter in andere EU-Mitgliedsstaaten.

Im Jahr 2015 reisten 764.038 Menschen auf dieser Route, von denen der größte Teil nicht näher spezifiziert wird, rund 90.000 aus Syrien kamen und 53.237 aus Afghanistan. Dieser massive Anstieg gegenüber den Vorjahren wird im nächsten Kapitel näher betrachtet. Bis zum Jahr 2014 lässt sich sagen, dass die größten Veränderungen auf dieser Route durch die Visaabkommen der EU mit den Balkanländern bewirkt wurden. Diese führten dazu, dass die Region heute nicht mehr eine Ursprungsregion irregulärer Einreise ist, wohl aber eines sprunghaften Wachstums von Asylanträgen wie auch des Überziehens legaler Einreisetitel. Außerdem entwickelte sich der Balkan ab 2014 zur wichtigsten Transitregion für irreguläre MigrantInnen.

Abb. 6: Irreguläre Grenzübertritte

Westliche Balkanroute, 2008-2015



Flüchtlingslager in der Türkei,
Foto: European Union/European Parliament/ Flickr.com

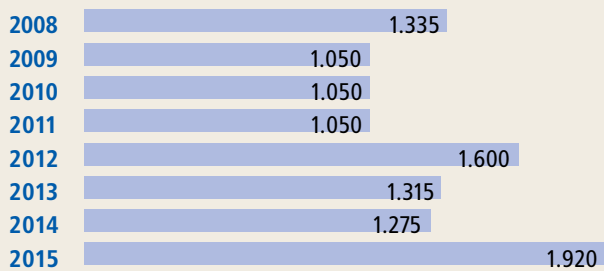
Die Östliche EU-Grenzlandroute

Im Osten verfügt die EU (bzw. ihre östlichen Mitgliedsstaaten Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei und Ungarn) über eine 6.000 km lange Grenze mit Weißrussland, Moldawien, der Russischen Föderation sowie der Ukraine. Die Einreise in die EU erfolgt hier vor allem über die Ukraine, der irreguläre Anteil ist sehr gering und eingebettet in eine Reihe von bilateralen Grenzabkommen zwischen der Ukraine und deren EU-Nachbarn Polen, Slowakei und Ungarn, die den lokalen Handel und die Ein- und Ausreise der lokalen Bevölkerungen erleichtern sollen.

Im Jahr 2015 wurden 1.920 Personen beim Versuch der irregulären Einreise in die EU entdeckt, unter diesen 491 aus Afghanistan, 461 aus Vietnam und 153 aus Syrien. Insgesamt lässt sich sagen, dass der Missbrauch legaler Reisemöglichkeiten auf der östlichen Route verbreiteter ist als das irreguläre Überschreiten der Grenze. Auf der östlichen Route versucht lediglich ein verschwindend kleiner Anteil aller Menschen, die keine Einreisepapiere haben, ihr Glück. Anders als auf der Westbalkan-Route trug die Visaliberalisierung zwischen Rumänien und Moldawien, die Mitte 2014 in Kraft trat, nicht zu einem Anstieg in den Asylantragszahlen bei, sondern ließ die Versuche der Einreise über die grüne Grenze zurückgehen.

Abb. 7: Irreguläre Grenzübertritte

Östliche EU-Grenzlandroute, 2008-2015



Quellen: FRONTEX o.J., FRONTEX 2016

► 3.3 Die gefährliche Reise der Irregulären

Wie gefährlich bzw. mitunter tödlich der irreguläre Versuch nach Europa zu gelangen in der Realität ist, kann wohl keine Statistik wirklich erfassen. Die Versuche, dies dennoch zu tun, gehen über Schätzungen nicht hinaus und berücksichtigen nicht einmal die ungezählten Opfer, die u.a. die Durchquerung der Sahara fordert (s. Tab. 8). Der Direktor der Internationalen

Organisation für Migration (IOM), William Lacy Swing, bringt die Dramatik der Situation auf den Punkt: „Unsere Botschaft ist einfach: MigrantInnen sterben und müssten es nicht. Es ist Zeit mehr zu tun als nur die Toten zu zählen. Es ist Zeit, dass die Welt diese Gewalt gegen MigrantInnen stoppt.“ (Missing Migrants Project 2016a: o.p.).

Tabelle 8: Statistisch erfasste Tote im Mittelmeer nach Herkunftsregion

Herkunftsregionen	2015	2016 (bis 25.08.)
unbekannt	1.227	2.102
West-, Zentral- und südliches Afrika*	1.218	460
Nordafrika	22	223
Horn von Afrika	359	30
Mittlerer Osten und Süd-Asien	847	350
Gesamt	3.673	3.165

*In der Tabelle für 2015 wird statt dieser Region „Sub-Sahara-Afrika“ genannt. Hier wird davon ausgegangen, dass die beiden Bezeichnungen dieselbe Region meinen.

Quelle: Missing Migrants Project 2016b

Tabelle 9: Statistisch erfasste Tote im Mittelmeer nach Route

Route	2015	2016 (bis 25.08.)
Zentrale Mittelmeerroute	2.891	2.726
Östliche Mittelmeerroute	807	2.386
Westliche Mittelmeerroute	72	53
Gesamt	3.770	3.165

Quelle: Missing Migrants Project 2016b

4 Das Ziel: Die EU und die Auslagerung des Grenzschutzes

Die Europäische Union ist eine wichtige Zielregion internationaler Migration. Relativer Wohlstand und Arbeitsmöglichkeiten, kulturelle, familiäre und wirtschaftliche Beziehungen, aber auch Demokratie und Sicherheit vor bewaffneten Konflikten und Verfolgung stellen auch für Menschen aus den ostafrikanischen Ländern Anreize dar, sich Europa zum Ziel der Migration auszusuchen. Diese verschiedenen Zusammenhänge tragen zur Vielschichtigkeit der Migration nach Europa bei (s. Kap. 4.1). Die EU selbst hat über die letzten Jahrzehnte in einem Balanceakt zwischen nationaler Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten und der Notwendigkeit einer gemeinsamen Migrationspolitik der Mitgliedsstaaten – bedingt durch die Personenfreizügigkeit in der EU – Eckpfeiler eines solchen Migrationsregimes entwickelt, die auch die ostafrikanische Region betreffen (s. Kap. 4.2 und 4.3). Welche Rolle Deutschland in diesem Kontext spielt, soll abschließend betrachtet werden (s. Kap. 4.4).



Foto: strassenstriche.net/Flickr.com

► 4.1 Migration in die EU

Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 508 Mio. Menschen lebten Anfang 2015 knapp 20 Mio. Nicht-EU-AusländerInnen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Nicht-EU-AusländerInnen bildeten damit 3,9 % der gesamten EU-Bevölkerung. Weitere rund 14 Mio. EU-BürgerInnen (2,8 % der EU-Bevölkerung) lebten im Jahr 2014 in einem anderen EU-Mitgliedsstaat als dem ihrer Herkunft (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015a: 1).

Diese Gesamtzahlen erfassen allerdings nicht „die vielen Gesichter der Migration in der EU“ (a.a.O.: 2), denn die Herkunft der MigrantInnen unterscheidet sich in den einzelnen Mitgliedsstaaten und spiegelt sowohl historische Erfahrungen (z.B. koloniale Beziehungen) wie auch wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen der verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten: So leben zum Beispiel besonders viele kenianische MigrantInnen in Großbritannien (s.o.), besonders viele RussInnen in den baltischen EU-Staaten und besonders viele TürkInnen in Deutschland. Aber auch kulturelle und soziale Beziehungen zwischen EU-Staaten und afrikanischen Ländern wecken in letzteren das Interesse, in die EU zu migrieren (s. Kasten „Porträt einer kenianischen Migrantin“).



Porträt einer kenianischen Migrantin

Ich bin in einem kleinen Dorf in Westkenia geboren. Ich habe vier Geschwister, meine Eltern waren beide Lehrer. Seit vielen Jahren haben wir Kontakt zu einer evangelischen Kirchengemeinde in Neustadt an der Weinstraße. Sie haben uns seit Anfang der 1990er Jahre bei der Wasserversorgung unterstützt. Meine Mutter ist dann 1994 nach Deutschland gereist. Sie war sehr begeistert, wie in Deutschland alles funktioniert, wie sauber und ordentlich und strukturiert alles ist. Damals war ich 12 Jahre alt und habe mir noch keine Gedanken gemacht, ob ich mal ins Ausland gehe. Als ich die Schule beendet hatte, habe ich in Nairobi eine Ausbildung im Hotelmanagement gemacht und dann im Hotelbereich in Kenia gearbeitet. Auf dem Land ist es so gut wie unmöglich, eine Ausbildung zu machen.

Im Hotelsektor begegnet man natürlich vielen TouristInnen. Deshalb wollte ich eine weitere Fremdsprache lernen, Deutsch oder Französisch. Und weil ich schon in meiner Familie Kontakt mit Deutschen gehabt hatte, habe ich mich für Deutsch entschieden. Am Goethe-Institut belegte ich einen Kurs, aber neben der Arbeit eine Fremdsprache zu lernen ist sehr schwer. Deshalb hab ich mich auf eine Anzeige, die im Goethe-Institut ausging, beworben: „Au-pair in Deutschland“. So bin ich das erste Mal nach Deutschland gekommen. Für mich war das Ziel, hier Deutsch zu lernen, meine Sprache zu verbessern und dann wieder zurück nach Hause zu gehen. Aber natürlich kam es anders: Einmal hier stellte ich fest, dass man hier auch studieren kann. Ich habe mich informiert, welche Voraussetzungen es gibt, was es kostet, wie ich mich bewerbe, was und wo ich überhaupt studieren kann. Eine Beamtin der Ausländerbehörde hat mir dann alles erklärt, welche Schritte ich unternehmen muss (...). Ich hab immer Glück gehabt in Deutschland. Nach dem Deutschkurs habe ich dann Soziologie studiert, finanziert habe ich das über Minijobs als Küchenhilfe, durch Babysitting, als Aushilfe in einem Kindergarten und auch über ein Stipendium. Nach meinem Bachelor wollte ich zuerst zurück nach Kenia und dort bei der Entwicklung meines Landes helfen. Dann wollte ich aber doch erst noch meinen Master machen. Dabei habe ich meinen heutigen Mann kennengelernt. Jetzt lebe ich in Deutschland und arbeite in der Flüchtlingsarbeit. Aber alles ist befristet. Ich habe immer noch Plan B. Wenn alles nicht klappt, dann ist die Zeit gekommen, nach Kenia zurückzugehen und dort eine Stelle zu suchen.

Quelle: Auszug aus einem Interview mit M., das die Autorin im Februar 2013 im Zuge des Projekts „Am Anfang war es schwer. MigrantInnen erzählen aus ihrem Leben“ führte (vgl. Ferenschild 2013: 45ff.)

Rund drei Viertel der AusländerInnen (sowohl aus der EU wie aus Drittstaaten) lebten Anfang 2015 in nur fünf EU-Staaten – und zwar in Deutschland (7,5 Mio.), Großbritannien (5,4 Mio.), Italien (5 Mio.), Spanien (4,5 Mio.) und Frankreich (4,4 Mio.) (vgl. Eurostat 2016: o.p.). Unter den wichtigsten Herkunftsländern von Migration in diese fünf EU-Staaten befinden sich keine Herkunftstaaten aus Subsahara-Afrika (s. Tabelle 10). Konzentriert man sich auf die Einreise in einem einzigen Jahr, so gibt die EU für das Jahr 2014 den Zuzug von 3,8 Mio. Menschen an, von denen 1,6 Mio. aus Nicht-EU-Ländern stammten (vgl. ebd.).

Tabelle 10: TOP 5 Herkunftsländer der wichtigsten EU-Zielländer*, 2015

	Deutschland	Großbritannien	Italien	Spanien
1.	Türkei	Polen	Rumänien	Rumänien
2.	Polen	Indien	Albanien	Marokko
3.	Italien	Irland	Marokko	Großbritannien
4.	Rumänien	Pakistan	China	Italien
5.	Griechenland	Rumänien	Ukraine	Equador

Quelle: EUROSTAT 2016: Tabelle 6; * Eurostat nennt keine Angaben für Frankreich

Diese offiziellen Angaben erfassen allerdings nur die MigrantInnen, die sich mit einem legalen Aufenthaltstitel in der EU aufhalten. Ihr Aufenthalt im jeweiligen Zielland sollte also eigentlich unproblematisch und ‚normal‘ sein. Dass dem nicht so ist, darauf verweist beispielsweise die Stimmungsmache der Brexit-BefürworterInnen gegen polnische MigrantInnen in Großbritannien ebenso wie kritisch-ablehnende Debatten um Familiennachzug für anerkannte AsylantInnen in Deutschland.

Aus der Perspektive der politischen Führung der EU sowie der EU-Mitgliedsstaaten ist aber vor allem die Einreise derjenigen problematisch, die ohne Papiere in die EU wollen (s. Kap. 3.2). Im Jahr 2014 zählte die EU 276.113 MigrantInnen, die irregulär einreisen wollten, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr –

und ein Bruchteil der vielen Hunderttausend, die 2015 gezählt wurden (vgl. Europäische Kommission 2015a: o.p.). Wer diese Zahlen als bedrohlich für die Stabilität der europäischen Gesellschaften empfindet, sollte zumindest bedenken, dass die meisten Asylsuchenden und Flüchtlinge nicht geregelt zuwandern können, sondern dass die Suche nach Asyl in der Regel einen irregulären Grenzübertritt voraussetzt (vgl. Klingholz / Sievert 2014: 4). Nicht das Einreisen ohne Papiere ist also das Problem, vielmehr sind die Ursachen problematisch, die Menschen dazu zwingen, den Weg der irregulären Migration zu wählen. Ein weiterer wichtiger Zusammenhang für den drastischen Anstieg der irregulären Einreiseversuche in die EU im Jahr 2015, der in der deutschen / europäischen Berichterstattung meist unberücksichtigt bleibt, ist die Reduzierung der finanziellen Hilfsmittel der EU insbesondere für die Versorgung syrischer Flüchtlinge in den unmittelbaren Nachbarländern. Einige EU-Mitgliedsstaaten wie Österreich, Estland, Griechenland, Portugal und die Slowakei haben ihre Beiträge sogar vollständig gestrichen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015b: 3). Auf die wachsenden irregulären Einreiseversuche reagiert die EU seit Jahren mit einem immer komplexeren Instrumentarium. Dieses ist eingebettet in den ‚Gesamtansatz für Migration und Mobilität‘ (Global Approach to Migration and Mobility – GAMM), den die Europäische Kommission 2011 vorlegte. Dieser basiert auf vier Säulen: 1. Bessere Organisation legaler Migration; 2. Verhinderung irregulärer Migration; 3. Maximierung der Entwicklungswirkung von Migration; 4. Förderung des internationalen Schutzes und Stärkung der Asylpolitik (vgl. SVR 2016: 12).

Zu den Instrumenten zur Umsetzung der 2. GAMM-Säule „Verhinderung irregulärer Migration“ gehören Sanktionen gegenüber Schleppern, aber auch Arbeitgebern irregulärer MigrantInnen, die Verschärfung von Grenzkontrollen sowie Abschiebe- und Rückführungspolitik (vgl. ebd.). Auch die Definition sog. ‚sicherer Herkunftstaaten‘ sowie die Auslagerung des Grenzschutzes auf Drittstaaten sind Teile dieses Instrumentariums zur Fluchtbekämpfung. Auf diese soll im Folgenden mit Fokus auf die ostafrikanischen Schwerpunktländer genauer geschaut werden.

► 4.2 Das Konzept sicherer Herkunftstaaten

Das Grundrecht auf Asyl verlangt eine individuelle Prüfung eines jeden Asylantrags. Diese Prüfung kann sehr lange dauern, sich zum Teil über Jahre hinziehen. Das in der EU-Asylverfahren-Richtlinie verankerte Kon-

zept sicherer Herkunftstaaten, das sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention beruft, soll in vielen Fällen dieses Prüfverfahren abkürzen (vgl. Europäische Kommission o.J.: 1). Ein Land ist laut EU ein sicherer Herkunft-

land, wenn es dort keine Verfolgung, keine Folter oder unmenschliche Behandlung, keine Androhung von Gewalt und keinen bewaffneten Konflikt gibt. Da alle EU-Mitgliedsstaaten im Zuge der Beitrittsverhandlungen auf die sog. Kopenhagener Kriterien (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz) geprüft werden, sind sie „normalerweise“ sichere Herkunftsstaaten (ebd.). Das individuelle Recht, einen Asylantrag zu stellen, haben zwar auch BürgerInnen sicherer Herkunftsstaaten, doch können ihre Anträge als „offensichtlich unbegründet“ zügig abgelehnt werden (§ 29a AsylVfG).

Für die BürgerInnen dieser ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ selbst mag es wie ein bitterer Scherz klingen, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht einmal einig darüber sind, welche Drittstaaten denn als ‚sichere Herkunftsstaaten‘ zu deklarieren sind. Die EU bemüht sich zwar

um eine einheitliche Liste, für die sie sieben Länder (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Türkei) vorschlägt, ist damit aber noch nicht bei den EU-Mitgliedsstaaten durchgedrungen. Zwölf EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, haben eigene Listen mit sicheren Herkunftsstaaten erstellt (s. Kasten).

Blickt man auf diese Listen, so findet man auch SSA-Staaten, die von verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten als sicher eingestuft werden - unter ihnen Äthiopien und Kenia. Dass Dschibuti, Eritrea, Somalia, Sudan und Südsudan auf keiner der Listen stehen, obwohl Somalia, Sudan und Südsudan zu den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten grenzüberschreitender Migration in Sub-Sahara-Afrika zählen und Eritrea enorme Wachstumsraten in der Migration nach Europa aufweist (s. Kap. 2), macht deutlich, wie groß die politische Kri-

Mitgliedsland	Sichere Herkunftsstaaten
Belgien	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Indien
Bulgarien	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien, Ukraine, Algerien, Äthiopien, Ghana, Nigeria, Tansania, Armenien, Bangladesch, China, Georgien, Indien, Türkei
Dänemark	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, EFTA-Länder, Republik Moldau, Russische Föderation, Kanada, USA, Mongolei, Australien, Japan, Neuseeland.
Deutschland*	Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Ghana, Senegal
Frankreich	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Republik Moldau, Benin, Capo Verde, Ghana, Mauritius, Senegal, Tansania, Armenien, Georgien, Indien, Mongolei
Großbritannien	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Republik Moldau, Ukraine, Gambia, Ghana, Kenia, Liberia, Malawi, Mali, Mauritius, Nigeria, Südafrika, Sierra Leone, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Jamaika, Peru, Indien, Mongolei, Südkorea
Irland	Südafrika
Luxemburg	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Ukraine, Benin, Cabo Verde, Ghana, Senegal
Malta	EFTA-Länder/Schweiz, Benin, Botswana, Cabo Verde, Gabun, Ghana, Senegal, Brasilien, Kanada, Chile, Costa Rica, Jamaika, Uruguay, USA, Indien, Australien, Japan, Neuseeland
Österreich	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, EWR-Länder/Schweiz, Kanada, Australien, Neuseeland.
Slowakei	Montenegro, EWR-Länder/Schweiz, Ghana, Kenia, Mauritius, Seychellen, Südafrika, Kanada, USA, Australien, Japan, Neuseeland
Tschechische Republik	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, EWR-Länder/Schweiz, Lichtenstein, Kanada, USA, Mongolei, Australien, Neuseeland.

Quelle: Europäische Kommission o.J.: 2

* Stand Mai 2016: Deutschland hat zusätzlich Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten definiert (vgl. https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/anlage_ii.html (letzter Abruf: 05.09.2016))

se in diesen Staaten / dieser Region ist. Die Europäische Union versuchte deshalb (bisher) nicht, auf diese Krise mit dem Konzept sicherer Herkunftsstaaten zu antwor-

ten. Vielmehr hat sie im Rahmen des ‚Khartum-Prozesses‘ ein Instrument geschaffen, das u.a. zur Fluchtursachenbekämpfung beitragen soll.

► 4.3 Der Khartum-Prozess als ausgelagerter Grenzschutz

Der Khartum-Prozess ist neben dem Rabat-Prozess einer der beiden politischen Dialoge auf regionaler Ebene, die die EU in den letzten Jahren entlang der westlichen afrikanischen Migrationsroute (Rabat-Prozess) bzw. entlang der östlichen Migrationsroute (Khartum-Prozess) begonnen hat (vgl. Europäische Kommission 2015b: 1ff.). Diese regionalen Prozesse sind eingebettet in den ‚Gesamtansatz der EU für Migration und Mobilität‘ (s.o.) einerseits und in die seit dem Jahr 2007 bestehende ‚Afrika-EU-Partnerschaft‘ andererseits. Bei dieser Partnerschaft wird in einem strukturierten Dialog bei regelmäßigen Gipfeltreffen die ‚Gemeinsame Afrika-EU-Strategie‘ (Joint Africa-EU Strategy – JAES) erarbeitet (vgl. www.africa-eu-partnership.org/en/ (letzter Abruf: 05.09.2016)). Während in den ersten Jahren die gemeinsam verabredeten Aktionspläne zur Umsetzung der JAES das Themenfeld Migration und Mobilität neben anderen zentralen Aktionsfeldern behandelten, verabschiedete der Afrika-EU-Gipfel des Jahres 2014 einen Aktionsplan für die allgemeine ‚Afrika-EU-Strategie‘ sowie einen separaten Aktionsplan für das Thema Migration und Mobilität. Dieser formulierte fünf Aktionsfelder für das gemeinsame Engagement: 1. Kampf gegen Menschenhandel und Schmuggler; 2. Bekämpfung irregulärer Migration; 3. Verknüpfung von Entwicklung und Rücküberweisungen; 4. Stärkung legaler Migration(swege); 5. Stärkung des internationalen Schutzes für Flüchtlinge, Asylsuchende und intern Vertriebene (vgl. EU-Africa Summit 2014: 3). Die Afrika-EU-Partnerschaft ist zwar mit Blick auf Afrika eine den Kontinent umfassende Initiative, doch bewegt sich der Khartum-Prozess, der hier im Vordergrund steht, als Regionalprogramm ganz im Geist der beim EU-Afrika-Gipfel 2014 beschlossenen Grundsätze der Zusammenarbeit.

Die Schwerpunkte

Der Khartum-Prozess, dessen formelle Bezeichnung ‚EU-Horn of Africa Migration Route Initiative‘ lautet, wurde bei einer Ministerkonferenz am 28.11.2014 in Rom initiiert, also ein halbes Jahr nach der Gemeinsamen Erklärung der Afrika-EU-Partnerschaft zu Migration und Mobilität. Zu den Mitgliedern gehören neben der Europäischen und der Afrikanischen Union die EU-Mitgliedsstaaten (Zielländer), sieben afrikanische Herkunftsstaaten (Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia,

Somalia, Sudan, Südsudan) sowie zwei afrikanische Transitstaaten (Ägypten, Tunesien). In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten die Staaten des Khartum-Prozesses die Bedeutung der regionalen Dimension und wollen sich den Herausforderungen „gemischter Migrationsbewegungen irregulärer MigrantInnen“ stellen. Neben der Besorgnis über die Tragödien im Mittelmeer formulieren die VerfasserInnen der Erklärung vor allem Besorgnis über den Missbrauch von MigrantInnen durch Schmuggler und Menschenhändler. Um dem zu begegnen, kündigten die Mitglieder des Khartum-Prozesses verschiedene freiwillige Maßnahmen an:

- Zusammenarbeit auf bilateraler und regionaler Ebene zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern durch Informationsaustausch, Training und Aufbau von Kapazitäten, Technische Assistenz und Austausch von guten Beispielen mit dem Ziel, irreguläre Migration und kriminelle Netzwerke zurückzudrängen;
- Aufbau nationaler Kapazitäten im Bereich des Migrationsmanagements;
- Unterstützung bei präventiven Maßnahmen wie zum Beispiel Aufklärungskampagnen über die Risiken irregulärer Migration;
- Entwicklung nationaler Strategien und deren Koordinierung, um Menschenhandel und Schmuggel zu bekämpfen;
- Unterstützung bei Identifizierung und Verfolgung krimineller Netzwerke;
- Verbesserung bzw. Aufbau eines gesetzlichen Rahmenwerks zur Ratifizierung und Umsetzung des Zusatzprotokolls gegen die Schlepperei von MigrantInnen auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität; Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel und Rechtsschutz;
- Förderung nachhaltiger Entwicklung in den Herkunfts- und Transitländern;
- Schaffung regionaler Rahmenbedingungen für Rückkehr;
- Unterstützung beim Aufbau von Aufnahmezentren, Zugang zu Asylprozessen, Verbesserung von Lagern und deren Sicherheit, Beobachtung von Migrationsbewegungen und Migrationsberatung.

Eins der Programme, mit denen diese freiwilligen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, ist das ‚Better Migration Management‘-Projekt der EU, auf das weiter unten eingegangen wird. Durchführungsorganisation ist die deutsche ‚Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit‘ (GIZ) ist (s. Kap. 4.4).

Der Lenkungsausschuss

Für den Khartum-Prozess wurde ein Lenkungsausschuss bestimmt, in dem die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst, die EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien, Malta und Großbritannien, die afrikanischen Staaten Ägypten, Äthiopien, Eritrea, Sudan und Südsudan sowie die Afrikanische Union vertreten sind. Der Lenkungsausschuss legte im April 2015 einen Aktionsplan zur Umsetzung der Ziele des Khartum-Prozesses vor, der höchst problematische Komponenten aufweist (vgl. Council of the European Union 2015: 1ff.); Insbesondere die Zusammenarbeit mit den autoritären Regierungen von Eritrea, Sudan und Südsudan im Bereich des Grenzmanagements, der Grenzkontrollen und der Polizeiausbildung ist unter demokratischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten extrem fragwürdig (vgl. u.a. Oshana 2016: o.p.).

Bewertung und Gipfel von Valletta (2015)

Auch wenn der Aktionsplan mit seiner zweiseitigen Auflistung möglicher Kooperationsprojekte nicht vollständig bzw. nicht sofort umgesetzt wird, u.a. weil die Finanzierung nicht gesichert ist⁵, so lässt er sich dennoch so lesen, dass die EU mit dem Khartum-Prozess einen Schritt weiter zur Auslagerung ihres Grenzschutzes auf Drittstaaten, in diesem Fall in Afrika, geht. In diesem

Sinne interpretierte auch der Europäische Verband für die Verteidigung der Menschenrechte (Association Européenne pour la défense des Droits de l'Homme, AEDH) den Khartum-Prozess:

„In der Tat ist der Khartum-Prozess ein weiterer Schritt in der Politik der Externalisierung des Managements von Migrationsbewegungen: Entgegen der Absichtserklärungen, grundlegende Rechte der MigrantInnen zu respektieren, ist das Ziel (des Prozesses, Einf.d.A.), die materiellen Bedingungen dafür zu schaffen, die MigrantInnen von Europa fernzuhalten, insbesondere durch die Gründung von Asylzentren. Es geht auch darum, ‚unerwünschte‘ MigrantInnen leichter zurückführen zu können.“ (AEDH o.J.: o.p.).

Beim EU-Afrika-Gipfel in Valletta / Malta im November 2015 wurden zentrale Akzente des Khartum-Prozesses wie das Grenzschutzmanagement, die Einrichtung von Auffangzentren etc. bestätigt. In dem Aktionsplan, der konkrete Umsetzungsmaßnahmen bis Ende 2016 enthält, sind aber auch Ziele wie die Förderung legaler Migrationswege, die Verdopplung der Erasmus-Studierenden aus Afrika im Vergleich zu 2014 sowie weitere entwicklungspolitisch relevante Maßnahmen genannt (vgl. European Council 2015: o.p.). Ob diese Maßnahmen die Gesamtbeurteilung des Khartum-Prozesses (s.o.) positiv beeinflussen, bleibt abzuwarten. Die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel in Höhe von 714 Mio. Euro für die Gesamtregion des Horns von Afrika (zu der die EU neben Äthiopien und seinen Nachbarländern auch noch Tansania und Uganda zählt), von denen rund 30 % für die Friedenssicherung und der Rest für die Bekämpfung irregulärer Migration und für Vertriebene eingesetzt werden sollen, lassen eher Zweifel daran aufkommen (vgl. Deutscher Bundestag 2016a: 1).

► 4.4 Die Rolle Deutschlands im Khartum-Prozess

Innerhalb Europas gehört Deutschland zu den wichtigsten Zielländern von Migration (s.o.) und ist das Land mit den meisten Asylanträgen (vgl. SVR 2016: 21). Eine logische, wenn auch späte Konsequenz aus dieser Entwicklung ist die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen in Deutschland an die Realität eines Einwanderungslandes (u.a. Reform des Staatsangehörigkeitsrecht, Zuwanderungsgesetz, Liberalisierung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte aus Dritt-

staaten). Deutschland hat sich außerdem innerhalb der EU wie auch im internationalen Dialog zur Gestaltung von Migration in den letzten Jahren zunehmend eingebracht. Dass im Jahr 2017 das ‚Global Forum on Migration and Development‘ (Globales Forum Migration und Entwicklung – GFMD) in Berlin stattfinden wird, zeigt den Willen Deutschlands, die internationale Migrationsagenda mitzugestalten (vgl. SVR 2016: 22).

⁵ S. hierzu Morazán/Mauz 2016: 19f.; Der EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika (Kapitel 5.2).

Tabelle 11: Afrikanische Migration nach Deutschland, nach Regionen

Herkunft	2008		2015	
	alle	Anteil Frauen	alle	Anteil Frauen
Afrika	267.484	42 %	429.048	38 %
Nordafrika	117.832	38 %	159.432	37 %
Westafrika	68.786	40 %	118.912	36 %
Zentralafrika	30.733	44 %	39.391	40 %
Ostafrika	34.443	57 %	95.967	40 %
Südliches Afrika	15.690	47 %	15.346	50 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 2016 Tabelle 3, Prozentangaben gerundet

Die Afrikapolitischen Leitlinien

Mit Blick auf die ostafrikanischen Länder stellt sich die Frage, wie sich die Migrationspolitik Deutschlands inhaltlich entfaltet. Den Rahmen für diese Politik bilden die „Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“, die im Mai 2014 vom Kabinett beschlossen wurden. Zum Schwerpunkt Migration heißt es dort:

„Wir wollen gemeinsam mit EU-Partnern den Gesamtansatz Migration und Mobilität als zukunftsweisenden Ansatz zur Kooperation bei der Migrationspolitik von EU und Afrika stärken. Insbesondere im Rahmen von Mobilitätspartnerschaften und vergleichbaren Instrumenten bieten wir kooperationsbereiten Partnern Unterstützung beim legislativen und administrativen Kapazitätsaufbau für Migrationsmanagement und Flüchtlingsschutz im Rahmen rechtsstaatlicher Strukturen an. Im Gegenzug erwarten wir Kooperationsbereitschaft bei gemeinsamen Maßnahmen gegen irreguläre Migration und zur Rückübernahme und Reintegration. Migrationsfragen sollen stärker und konkreter in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas verankert werden.“ (Bundesregierung 2016: 8).

Die Mitarbeit im Lenkungsausschuss des Khartum-Prozesses liegt im Duktus dieser Leitlinien. Sie zeigt die besondere Identifikation der Bundesregierung mit dem Khartum-Prozess.

Die Afrikapolitik des BMZ

Auch in der regionalen Schwerpunktsetzung der Afrikapolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zeichnet sich eine große Nähe zum Khartum-Prozess ab: Im Bereich „Krisenländer in Subsahara-Afrika und die AU (Afrikanische Union, Einf.d.A.) gezielt unterstützen“ benennt das BMZ sechs

Fokusländer, nämlich Äthiopien, Eritrea, Kenia, Nigeria, Somalia und Sudan, in denen die Situation stabilisiert und Perspektiven für Flüchtlinge und Ortsansässige geschaffen werden soll. Konkret bedeutet dies in:

- **Äthiopien:** Unterstützung von Basisinfrastruktur bei der Versorgung von Flüchtlingen und bei beruflicher Bildung;
- **Kenia / Äthiopien:** Beschäftigungsförderung und berufliche Bildung in Kooperation mit der Wirtschaft
- **Kenia:** Stärkung des Staates in der Korruptionsbekämpfung
- **Eritrea:** Prüfung der Verbesserung von Lebenssituationen u.a. über Arbeitsmöglichkeiten für aus dem Nationalen Dienst entlassene junge Menschen;
- **Sudan:** Unterstützung eritreischer Flüchtlinge und von Aufnahmegemeinden durch berufliche Bildung und Maßnahmen der Düreresilienz;
- **Somalia:** Unterstützung freiwilliger Rückkehr somalischer Flüchtlinge aus Nachbarstaaten und Verbesserung der städtischen Wasserversorgung, des Gesundheitswesens und der Ernährungssituation;
- **Nigeria:** Unterstützung von Binnenvertriebenen und Aufnahmegemeinden, Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, beruflicher Bildung und Beschäftigung sowie nachhaltiger Energien (vgl. BMZ 2016: 7).

Von diesen sechs Herkunfts-, Transit- und Aufnahme-ländern sind außer Nigeria alle Teil des Khartum-Prozesses. Aus den geplanten Maßnahmen wird implizit deutlich, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit mit den Fokusländern u.a. auf das Ziel größerer Sesshaftigkeit der Menschen hin orientiert bzw. darauf, Flüchtlinge in der Region zu halten.

Das ‚Better Migration Management‘-Projekt

Noch deutlicher wird das Ziel der Migrations- und Fluchteindämmung in der Herkunftsregion am konkreten Beispiel des 40 Mio. Euro umfassenden ‚Better Migration Management‘-Projekts, das von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag der EU durchgeführt wird. Das Projekt zielt auf Ausbildung, Ausstattung und technische Unterstützung in den afrikanischen Ländern des Khartum-Prozesses (Komponente 1), es unterstützt die Staaten im Grenzmanagement (Komponente 2), leistet Unterstützung bei der Identifizierung und dem Schutz von Menschen in Not (Komponente 3) und dient zur Aufklärung über die Gefahren irregulärer Migration (Komponente 4) (vgl. EUTF o.J.: 1). Es wird explizit festgehalten, dass die Unterstützung im Rahmen der ersten beiden Komponenten an die Regierungen von Ägypten, Äthiopien,

Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan, Tunesien und Uganda geht, die fast alle am Khartum-Prozess teilhaben (vgl. a.a.O.: 2).

Die finanziellen Mittel teilen sich wie folgt auf die einzelnen Projektkomponenten auf:

Komponente	Budget
Politikharmonisierung (Ausbildung, Ausstattung, technische Unterstützung)	5 Mio. Euro
Ausbildung (Unterstützung beim Grenzmanagement)	25 Mio. Euro
Schutz (von Menschen in Not)	7 Mio. Euro
Aufklärung über Risiken irregulärer Migration	3 Mio. Euro

Quelle: EUTF (o.J.): 11

Drei Viertel der gesamten Programmmittel – also 30 Mio. Euro – fließen damit an die genannten Regierungen. Unter diesen Regierungen befinden sich autoritäre Regime (Eritrea und Sudan), vor denen Menschen

fliehen. Mehrere der Länder, auch Äthiopien, weisen gravierende menschenrechtliche Probleme auf (vgl. Statewatch 2016: o.p.). Auch wenn diese Maßnahmen durch humanitäre Projekte ergänzt werden, wirft diese „Kooperation mit Despoten“ doch erhebliche Fragen auf (Pro Asyl 2016: o.p.).

Die GIZ ist natürlich nicht gleichzusetzen mit der Bundesregierung oder dem BMZ. Nach eigenen Angaben ist sie ein gemeinnütziges Bundesunternehmen, dessen Hauptauftraggeber das BMZ ist, das aber auch für die EU, die Vereinten Nationen und andere Regierungen tätig wird (vgl. GIZ 2016: o.p.). Dennoch kann man begründet davon ausgehen, dass die GIZ als ein zentrales Durchführungsorgan der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auch mit der Durchführung dieses Projekts die politische Linie der Bundesregierung verfolgt und umsetzt – auch wenn letztere in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen eher ausweichend reagiert hat (vgl. Deutscher Bundestag 2016b: 2ff.).

5 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorangegangenen Ausführungen haben dargelegt,

- dass Europa ursächlich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen des östlichen Afrikas verwoben ist (Kap. 2.1),
- dass die Bevölkerung in den ostafrikanischen Beispielstaaten im Vergleich zum globalen Durchschnitt in geringem Umfang grenzüberschreitend migriert, wenn die Migration hier auch über dem Durchschnitt für Subsahara-Afrika liegt (Kap. 2.2),
- dass die grenzüberschreitende Migration aus dem östlichen Afrika vor allem innerhalb der Region und nur zu einem kleineren Teil interkontinental erfolgt (Kap. 2.2),
- dass die Kombination niedriger grenzüberschreitender Migration im östlichen Afrika kombiniert mit einem niedrigen Level menschlicher Entwicklung in allen Beispielländern zu der These passt, dass nicht die Ärmsten der Armen migrieren, sondern dass ein gewisses Level im Bereich menschlicher Entwicklung nötig ist, um Menschen zur grenzüberschreitenden Migration zu befähigen (Kap. 2.2),
- dass der besonders hohe Fluchtanteil der regionalen Migration, die auch nach Europa gerichtet ist, das Migrationsthema dennoch sowohl für die Staaten der Region wie auch für die Europäische Union zu einem Hot Spot werden lässt (Kap. 2.2).

Der Blick nach Ostafrika hat vor allem aber auch eins gezeigt: In Anbetracht der vielen politischen und ökonomischen Krisen in dieser afrikanischen Region ist es eigentlich verwunderlich, dass nicht viel mehr Menschen migrieren und sich auf den Weg in ruhigere, stabilere, sicherere Weltregionen machen. Neben der Tatsache, dass vielen für eine Migration Richtung Europa schlicht und ergreifend die finanziellen Mittel, die Verbindungen und das Know-how fehlen (und vermutlich auch das Interesse), gehören die großen Risiken eines irregulären Migrationswegs sicher auch zu den Ursachen dieser relativen Sesshaftigkeit (s. Kap. 3).

Schaffung sicherer Migrationswege

Der Blick auf die EU-Politik gegenüber Afrika in Fragen der Migration, der sicher nur einen Ausschnitt der Gesamtpolitik dargestellt hat, hat dennoch deutlich machen können, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf die Verhinderung von Migration aus dem östlichen Afrika hinwirken. Besseres Grenzmanagement in der Region soll eben auch dazu führen, dass die MigrantInnen noch stärker als bisher in der Region bleiben (s. Kap. 4). Die Proteste, die gegen diese Politik von zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch aus den Parla-

menten kommen, müssen sich in einer grundlegenden Veränderung niederschlagen. Eine Neuausrichtung dieser Politik entlang der Leitfrage „Wie kann der Migrationsweg sicher werden?“ ist dringend geboten. Dies gilt besonders für die Migration aus dem östlichen Afrika, die von Fluchtmigration geprägt ist (s. Kap. 2). Niemand zweifelt daran, dass die Menschen aus dieser Region berechnete Gründe für ihre Flucht haben. Die hohen Anerkennungsquoten von AsylbewerberInnen aus diesen Ländern erhärten dies. Deshalb sollte die EU Verfahrensweisen entwickeln, mit denen sie Papiere für einen sicheren Weg in das Asylaufnahmeland zur Verfügung stellt.

Mehr Möglichkeiten für reguläre Migration

Neben der Schaffung sicherer Wege steht auch die Erweiterung regulärer Einreisemöglichkeiten nicht nur aus dem östlichen Afrika auf der Tagesordnung. Zusätzlich zu der Schaffung von mehr Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben in den Herkunftsländern sollte dies der wichtigste Weg sein, um Menschen von irregulären Wegen abzuhalten. Die deutsche Bundesregierung ist hier in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen. Sie sollte weitere Möglichkeiten ausloten, mit denen das Blue Card-Konzept (Arbeitserlaubnis für hochqualifizierte Fachkräfte) ausgeweitet werden kann, zirkuläre Migration ermöglicht wird und vor allem sollte sie in diesem Sinne auf die Regierungen der anderen EU-Mitgliedsstaaten einwirken.



*Hungerstreikende Flüchtlinge,
Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag/Flickr.com*

In den Dialog treten

Eine Möglichkeit, diese Fragen zu diskutieren, bietet das ‚Global Forum on Migration and Development‘ (Globales Forum Migration und Entwicklung – GFMD). Dieses freiwillige, nicht-bindende Regierungs-Forum bietet seit zehn Jahren Raum für internationale Diskussionen um den Themenzusammenhang von Migration und Entwicklung (vgl. www.gfmd.org). Im Jahr 2017 wird die deutsche Bundesregierung Gastgeberin des GFMD sein. In diesem Jahr (2016) ist Bangladesch Gastgeber des Forums. Die Vorbereitung des diesjährigen GFMD steht unter dem Oberthema „Zeit für einen Globalen Vertrag für sichere, reguläre und geordnete Migration“ (GFMD 2016: o.p.). Aktuell formiert sich in Deutschland ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das den zivilgesellschaftlichen Begleitprozess des GFMD 2017 untereinander abstimmen will. Möglichkeiten für mehr Sicherheit auf den Migrationswegen, für mehr reguläre Migration sowie für besseren Schutz der Rechte von MigrantInnen sollten hier ganz oben auf der Agenda stehen. Sollte es gelingen, diese Inhalte bei den Regierungen voranzutreiben, wäre zumindest schon einmal die richtige Richtung eingeschlagen.

Institutionen schaffen

Für eine Agenda, die sich am Schutz und an den Rechten von MigrantInnen orientiert, braucht es internationale Organisationen bzw. eine internationale Organisation, die verbindliche Maßnahmen und verbindliches Recht setzen kann. Das GFMD, das sich als freiwillige Plattform versteht, kann dies nicht leisten. Da die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit ihren Konventionen auch die Rechte von MigrantInnen schützt, sie verbindliches Recht schafft und sie zudem Teil des UN-Systems ist, könnte sie den geeigneten Rahmen für die Umsetzung einer auf Rechten basierenden internationalen Migrationspolitik bilden. Und der High-Level Dialog der UN-Generalversammlung zu großen Flucht- und Migrationsbewegungen, der im September 2016 stattfinden wird, könnte eine Gelegenheit bieten, um sich für einen solchen Rahmen zu entscheiden (vgl. UN 2016: 3):

Akzeptanz für Recht auf Migration stärken

Die Überlegungen dieser Broschüre begannen mit einem Rückblick auf den „langen Sommer der Migration“ des Jahres 2015 (Georgi 2016: 183). Die Euphorie, mit der viele Menschen darauf reagierten, dass die deutsche Regierung die Schutzsuchenden nicht mehr an

der Einreise nach Deutschland hinderte, war bezeichnend: Mehr oder weniger hilflos hatten die EuropäerInnen bis dahin dem Sterben im Mittelmeer und dem Elend auf der Balkanroute zugeschaut. Wegschauen, wie all die Jahre zuvor, ging angesichts des wachsenden Drucks und der Dramatik nicht mehr.

Von dieser Euphorie ist ein Jahr später nicht mehr viel übrig geblieben. Die Ängste und Zweifel in der Bevölkerung nehmen zu, populistische Bewegungen und Parteien finden mehr Zulauf. Dies hat nicht nur mit den Schwierigkeiten des Integrationsprozesses zu tun, sondern vor allem mit der zweideutigen Haltung der Regierung: Sie öffnete zwar die Grenzen und setzte – vermutlich aus humanitären Gründen – ihre bis dahin strikte Haltung außer Kraft, dass Asylsuchende den Asylantrag immer in dem Land zu stellen haben, in dem sie erstmals EU-Boden betreten. Doch längst ist sie zu einer Politik zurückgekehrt, die auf Grenzschutz und Migrationsverhinderung setzt.

Diese Politik ist falsch. Dadurch bestätigt und verstärkt die Politik die Angst vor MigrantInnen in den europäischen Bevölkerungen, die von rechtspopulistischen Kräften geschürt wird. Zu suggerieren, die europäi-

schen Gesellschaften könnten vor den globalen politischen und ökonomischen Entwicklungen, die Migration auslösen, durch Grenzschutz ‚geschützt‘ werden, verkennt die Tatsache, dass das westliche Lebens- und Wirtschaftsmodell von der Arbeitskraft, den Rohstoffen und auch den Märkten der Herkunftsländer abhängt. Europäische Unternehmen und BürgerInnen profitieren von günstigen Agrar- und Industrieprodukten, die in Kenia oder Äthiopien unter teils miserablen Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen hergestellt werden. Agrarflächen und Fischgründe in der Region werden von und für Europa genutzt, wodurch zwar einerseits Arbeitsplätze entstehen können, aber – wesentlich gravierender – auch Existenzen unter der ländlichen Bevölkerung und den Fischerfamilien vernichtet werden.

Diese Zusammenhänge muss die Politik deutlicher machen, für freiwillige Migration als Möglichkeit der Lebensgestaltung Verständnis wecken, erzwungene Migration durch Schutz für und Stärkung der Rechte von MigrantInnen erträglich gestalten, auf Staatsbürgerschaft beruhende Teilhabe an nationalen Systemen an eine Welt mit Migration anpassen und so dazu beitragen, die Grenzen im Denken zu überwinden.



Foto: Rasande Tyskar/Flickr.com

6 Literaturverzeichnis

- AEDH (o.J.): The Khartoum Process, a further step in Euro-African dialogue; URL: <http://www.aedh.eu/The-Khartoum-Process-a-new-step-in.html> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- BAMF (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl; URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015-asyl.pdf;jsessionid=DE11D52B6AA2630086025147C5AE77C0.1_cid286?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 10.06.2016)
- BMZ (2016): BMZ-Afrikanpolitik: Neue Herausforderungen und Akzente (BMZ-Papier 04/2016); URL: http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier367_04_2016.pdf (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Braun, Michael (2015): Flüchtlinge und Airlines. Mitflug fast unmöglich; URL: http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-und-airlines-mitflug-fast-unmoeglich.769.de.html?dram:article_id=332843 (letzter Abruf: 12.07.2016)
- Brüne, Stefan / Matthies, Volker (1993): Krisen- und Kriegsregion Horn von Afrika; in: Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt. Band 5: Ostafrika und Südafrika, S. 14-30, Bonn Berlin
- Bundesrat (2016): Asyl- und Flüchtlingspolitik. Herausforderungen gemeinsam meistern. Stand: 08.07.2016; URL: <http://www.bundesrat.de/DE/plenar/themen/asyl/asyl-node.html> (letzter Abruf: 26.08.2016)
- Bundesregierung (2016): Afrikanpolitische Leitlinien der Bundesregierung; URL: http://www.auswaertigesamt.de/cae/servlet/contentblob/677674/publication-File/195383/140521_Afrika-Leitlinien-Download.pdf (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2015a): Europäische Union. focus Migration Länderprofil, September 2015; URL: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/L%C3%A4nderprofil%20Europ%C3%A4ische%20Union_2015.pdf (letzter Abruf: 21.07.2016)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2015b): Das Jahr 2015: Flucht und Flüchtlinge im Fokus – ein Rückblick. Focus Migration; URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/217367/das-jahr-2015-ein-rueckblick> (letzter Abruf: 21.07.2016)
- Castles, Stephen / de Haas, Hein / Miller, Mark J. (2014): The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World, 5. Auflage, London
- Castles, Stephen / de Haas, Hein / Miller, Mark J. (2016a): Migrations shaping African history; URL: <http://www.age-of-migration.com/resources/casestudies/4-2.pdf> (letzter Abruf: 01.07.2016)
- Castles, Stephen / de Haas, Hein / Miller, Mark J. (2016b): Remittances to Somalia; URL: <http://www.age-of-migration.com/resources/casestudies/8-1.pdf> (letzter Abruf: 01.07.2016)
- Council of the European Union (2015): Steering Committee meeting of the EU-Horn Of Africa Migration Route Initiative (Khartoum Process). Sharm El Sheikh Plan of Action; URL: <http://statewatch.org/news/2015/sep/eu-council-khartoum-plan-of-action-04-2015.pdf> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- De Haas, Hein (2011): Development leads to more migration (28.05.2011); URL: <http://heindehaas.blogspot.de/2011/05/development-leads-to-more-migration.html> (letzter Abruf: 10.06.2016)
- Deutscher Bundestag (2016a): Migrationskontrolle am Horn von Afrika (Drucksache 18/8220); URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/083/1808384.pdf> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Deutscher Bundestag (2016b): EU-Migrations- und Grenzmanagement in Afrika (Drucksache 18/8682); URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/086/1808682.pdf> (letzter Abruf: 15.07.2016)
- EU-Africa Summit (2014): EU-Africa Declaration on Migration and Mobility (Fourth EU-Africa Summit, 2-3 April 2014, Brussels); URL: <http://www.consiliium.europa.eu/en/press/press-releases/2014/04/pdf/Fourth-EU-Africa-Summit-EU-AFRICA-DECLARATION-ON-MIGRATION-AND-MOBILITY/> (letzter Abruf: 15.07.2016)

- European Council (2015): Valletta Summit on migration, 11-12/11/2015; URL: <http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2015/11/11-12/> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Europäische Kommission (2015a): Irregular Migration & Return; URL: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/irregular-migration-return-policy/index_en.htm (letzter Abruf: 13.07.2016)
- Europäische Kommission (2015b): Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Afrika im Bereich der Migration (Factsheet, 09.11.2015); URL: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-6026_de.pdf (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Europäische Kommission (2016): Visa requirements for the Schengen Area; URL: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy/index_en.htm (letzter Abruf: 01.07.2016)
- Europäische Kommission (o.J.): Eine EU-Liste der „sicheren Herkunftsländer“, URL: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/2_eu_safe_countries_of_origin_de.pdf (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Eurostat (2016): Migration and migrant population statistics; URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Migration_and_migrant_population_statistics (letzter Abruf: 13.07.2016)
- EUTF (o.J.): Better Migration Management (Khartoum Process). Action Fiche for the Implementation of the Horn of Africa Window T05-EUTF-HoA-Reg-09; URL: https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/t05-eutf-hoa-reg-09-better-migration-management_en.pdf (letzter Abruf: 15.07.2016)
- Ferenschild, Sabine (2011): „Jede geht – warum nicht Du?“ Arbeitsmigration westafrikanischer Frauen – ein Blick nach Ghana, Marokko und in die EU; URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24_Jede_geht_warum_nicht_Du_Arbeitsmigration_westafrikanischer_Frauen.pdf (letzter Abruf: 20.05.2016)
- Ferenschild, Sabine (2013): „Am Anfang war es schwer.“ Migrantinnen erzählen aus ihrem Leben; URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2013/2013-09_Am_Anfang_war_es_schwer.pdf (letzter Abruf: 13.07.2016)
- Ferenschild, Sabine (2016a): Migration global; URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-10_FS_Migration_global.pdf (letzter Abruf: 20.05.2016)
- Ferenschild, Sabine (2016b): „Guter Flüchtling“ – „schlechter Flüchtling“. Mythen und Fakten zu Flucht und Migration; URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-09_FS_Mythen_und_Fakten_Migration.pdf (letzter Abruf: 20.05.2016)
- Flahaux, Marie-Laurence / de Haas, Hein (2014): African Migration. Exploring the role of development and states (DEMIG project paper 27); URL: <http://www.imi.ox.ac.uk/publications/wp-105-2014/@download/file> (letzter Abruf: 09.06.2016)
- FRONTEX (o.J.): Migratory routes map. URL: <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/migratory-routes-map/> (letzter Abruf: 22.08.2016)
- FRONTEX (2016): Risk Analysis for 2016. URL: http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annula_Risk_Analysis_2016.pdf. Letzter Zugriff: 03.08.2016
- Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse, in: PROKLA 183: Ökonomie der Flucht und der Migration, Münster, S. 183-203
- GFMD (2016): Time for a Global Compact for Safe, Regular and Orderly Migration; URL: <http://www.gfmd.org/news/time-global-compact-safe-regular-and-orderly-migration> (letzter Abruf: 15.07.2016)
- GIZ (2016): Profil; URL: https://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html (letzter Abruf: 15.06.2016)
- Guillén, Elisabeth Poveda (2014): Visa für Deutschland – wer kann sie bekommen und wie?; URL: <http://heimatkunde.boell.de/2014/11/18/visa-fuer-deutschland-wer-kann-sie-bekommen-und-wie> (letzter Abruf: 01.07.2016)

- Klein, Ralph (2012): Somalia - Die sozialen Ursachen der Piraterie (in: inamo Heft 71 – Berichte & Analysen – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten); URL: <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paaf1201.html> (letzter Abruf: 12.07.2016)
- Klingholz, Reiner / Sievert, Stephan (2014): Krise an Europas Südgrenze. Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer? (hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Discussion Paper 16); URL: <http://www.berlin-institut.org/publikationen/discussion-papers/krise-an-europas-suedgrenze.html#> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Missing Migrants Project (2016a): About; URL: <http://missingmigrants.iom.int/about> (letzter Abruf: 18.07.2016)
- Missing Migrants Project (2016b): Mediterranean Sea; URL: <http://missingmigrants.iom.int/mediterranean> (letzter Abruf: 26.08.2016)
- Morazán, Pedro / Mauz, Katharina (2016): Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung; URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-24_Migration_und_Flucht.pdf (letzter Abruf: 19.08.2016)
- Oshana, Maria (2016): Fluchtbekämpfung statt Fluchtursachenbekämpfung (in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, April 2016); URL: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/fluchtbekaempfung-statt-fluchtursachenbekaempfung/> (letzter Abruf: 14.07.2016)
- Pro Asyl (2015): Asylpaket I in Kraft: Übersicht über die ab heute geltenden asylrechtlichen Änderungen (23.10.2015); URL: <https://www.proasyl.de/hintergrund/asylpaket-i-in-kraft-ueberblick-ueber-die-ab-heute-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen/> (letzter Abruf: 20.05.2016)
- Pro Asyl (2016): Das neue Flüchtlings-Bekämpfungsprogramm der EU-Kommission (08.06.2016); URL: <https://www.proasyl.de/news/das-neue-fluechtlingsbekaempfungsprogramm-der-eu-kommission/> (letzter Abruf: 15.07.2016)
- Schoumaker, Bruno u.a. (2013): Changing Patterns of African Migration: A Comparative Analysis (MAFE Working Paper 18, January 2013); URL: http://www.ined.fr/fichier/s_rubrique/22089/wp18_patternssyn-thesis.fr.pdf (letzter Abruf: 21.06.2016)
- Statewatch (2016): Leaked: „non-papers“ on migration, mobility and readmission with Ethiopia, Somalia and Sudan (30.03.2016); URL: <http://statewatch.org/news/2016/mar/eu-readmission-docs.html> (letzter Abruf: 15.07.2016)
- Statistisches Bundesamt (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters (Fachserie 1 Reihe 2); URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 21.06.2016)
- SVR (2016): Global Migration Governance: Deutschland als Mitgestalter internationaler Migrationspolitik (Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-3); URL: http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/03/Policy-Brief_Global-Migration-Governance.pdf (letzter Abruf: 15.07.2016)
- UN (2016): In Safety and Dignity: Addressing Large Movements of Refugees and Migrants. Report of the Secretary-General; URL: http://www.un.org/pga/70/wp-content/uploads/sites/10/2015/08/21-Apr_Refugees-and-Migrants-21-April-2016.pdf (letzter Abruf: 20.07.2016)
- UN-DESA (2015): Trends in international migration, 2015 (Population Facts No. 2015,4); URL: <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/populationfacts/docs/MigrationPopFacts20154.pdf> (letzter Abruf: 24.06.2016)
- UNDP (2015): Human Development Report 2015. Work for Human Development; URL: http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report_1.pdf (letzter Abruf: 14.06.2016)
- UNFPA (2016): Migration Overview; URL: <http://www.unfpa.org/migration> (letzter Abruf: 09.06.2016)

UNHCR (2016): Operation Ethiopia. 2016 Planning Summary (Global Focus UNHCR Operations Worldwide); URL: http://reporting.unhcr.org/node/5738#_ga=1.152396604.486051111.1465553459 (letzter Abruf: 10.06.2016)

UNWTO (2016): Visa Openess Report 2015; URL: <http://www.e-unwto.org/doi/pdf/10.18111/9789284417384> (letzter Abruf: 01.07.2016)

Weltbank (2016a): Bilateral Estimates of Migrant Stocks in 2013; URL: <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/10/38881445543162029/bilateral-migration-matrix-2013-0.xlsx> (letzter Abruf: 09.06.2016)

Weltbank (2016b): Migration and Remittances Factbook 2016. Third Edition; URL: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/23743/9781464803192.pdf?sequence=3&isAllowed=y> (letzter Abruf: 09.06.2016)

ZEIT ONLINE (2016): Bundestag stuft Maghreb-Staaten als sicher ein; URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/bundestag-stuft-maghreb-staaten-als-sichere-herkunftslander-ein> (letzter Abruf: 20.05.2016)



*Ursprüngliches Flüchtlingsboot als Mahnmal auf der griechischen Insel Ikaria,
Foto: adamansel52/Flickr.com*

SÜDWIND-Publikationen zum Thema

Studien

„Jede geht, warum nicht Du?“ Arbeitsmigration westafrikanischer Frauen - ein Blick nach Ghana, Marokko und in die EU

Autorin: Sabine Ferenschild, 56 Seiten, September 2011
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24_Jede_geht_warum_nicht_Du_Arbeitsmigration_westafrikanischer_Frauen.pdf

„Am Anfang war es schwer.“ Migrantinnen erzählen aus ihrem Leben.

Autorin: Sabine Ferenschild, 64 Seiten, September 2013
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2013/2013-09_Am_Anfang_war_es_schwer.pdf

Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung

AutorInnen: Pedro Morazán, Katharina Mauz, 38 Seiten, Juli 2016
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-24_Migration_und_Flucht.pdf

Fact-Sheets

Mythen und Fakten zu Migration und Flucht

Autorin: Dr. Sabine Ferenschild, 4 Seiten, Mai 2016
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-09_FS_Mythen_und_Fakten_Migration.pdf

Migration global

Autorin: Dr. Sabine Ferenschild, 4 Seiten, Mai 2016
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-10_FS_Migration_global.pdf

Hilfe auf dem Weg. Die Balkanroute und der Einsatz freiwilliger HelferInnen

Autorin: Dr. Sabine Ferenschild, 4 Seiten, Mai 2016
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-11_FS_Freiwillige_HelferInnen.pdf

Arbeit ohne Papiere. Syrische Flüchtlinge in der türkischen Textilindustrie

Autorin: Dr. Sabine Ferenschild, 4 Seiten, Mai 2016
http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-12_FS_Fluechtlinge_Textilindustrie.pdf

Das Thema „Migration, Flucht und Entwicklung“ auf dem SÜDWIND-Blog

SÜDWIND beschäftigt sich auch auf dem SÜDWIND-Blog regelmäßig mit dem Thema Migration, Flucht und Entwicklung. Alle Beiträge finden sich in chronologischer Ordnung unter <http://suedwind-institut.blogspot.de/>

Migration, Flucht und Entwicklung – ein Thema bei SÜDWIND

Seit 2011 bearbeitet SÜDWIND das Thema „Migration, Frauen und Entwicklung“. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen, die sowohl innerhalb ihres Herkunftslandes als auch grenzüberschreitend migrieren. MigrantInnen sind in der Regel in besonderer Weise von ihren jeweiligen ArbeitgeberInnen bzw. den vermittelnden Agenturen abhängig, da diese die Reisekosten vorstrecken, Pässe einbehalten, Vermittlungsgebühren erheben und anderes mehr. Sie haben zugleich weniger Zugang zu Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen und leben oft unter prekäreren Bedingungen als die lokale Bevölkerung. SÜDWIND untersucht mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten Migrationsgründe und – wege, Grenzregime, Lebens- und Arbeitswelten von MigrantInnen und baut den Kontakt zu MigrantInnenorganisationen in Deutschland aus.

Seit 2015 weitet SÜDWIND seine Arbeit zum Thema „Migration, Flucht und Entwicklung“ aus. Arbeitsmigration, die Wirkungen von Rücküberweisungen, aber auch Ursachen von Flucht und Migration wie zum Beispiel wirtschaftliche Zusammenhänge oder Klimawandel werden dabei in den kommenden Jahren im Mittelpunkt stehen.

Bitte schicken Sie mir:

- ☐ Publikation (Titel eintragen)
-
- ☐ Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl): -----
- ☐ Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- ☐ Einen aktuellen Jahresbericht
- ☐ Eine Publikationsliste
- ☐ Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname -----

Ggf. Institution -----

Straße, Haus-Nr. -----

PLZ, Ort -----

Datum, Unterschrift -----

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

☐ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name -----

E-Mail -----

☐ Lastschriftinzug ☐ Überweisung ☐ Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

☐ 70 ☐ 100 ☐ 140 ☐ 210 ----- anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

☐ 250 ☐ 500 ----- anderer Beitrag

☐ ----- anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft.
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum ----- Unterschrift(en) -----

WC 13037

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

**Gläubiger-Identifikationsnummer
(CI/Creditor Identifier)**
DE27ZZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name) -----

Straße, Hausnummer -----

PLZ, Ort -----

Kreditinstitut ----- BIC -----

IBAN -----

Ort, Datum ----- Unterschrift(en) -----

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder, Förderinnen und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und UnterstützerInnen haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

Grenzen überwinden

MigrantInnen auf dem Weg nach Europa

Das Jahr 2015 stand in Deutschland spätestens ab der Jahresmitte ganz unter dem Thema der Migration. Es entstand der Eindruck, alle MigrantInnen und Geflohenen weltweit – oder zumindest aus der näheren Umgebung Europas – wollten nach Deutschland. Plötzlich schien die ganze Welt in Bewegung gekommen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Weder die ganze Welt migriert, noch wollen alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland. Dass die absoluten Zahlen der internationalen MigrantInnen steigen, hängt zum einen mit wachsenden internationalen Flüchtlingszahlen (einem Teil der internationalen Migration) zusammen, aber auch mit der absolut wachsenden Weltbevölkerung: Gemessen an der Gesamtzahl der Weltbevölkerung liegt der Anteil der MigrantInnen über lange Zeiträume gesehen relativ stabil bei etwas über drei Prozent.

Dennoch ist es natürlich wichtig zu wissen, aus welchen Regionen, aus welchen Motiven, auf welchen Wegen, mit welchen Zielen und Perspektiven Menschen migrieren – und ob sich dabei Veränderungen und Trends über die letzten Jahre abzeichnen. Deshalb lenkt die vorliegende Studie den Blick auf die Situation in eine

wichtige Herkunftsregion - in das östliche Afrika: In dieser Region liegen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten von Migration und Flucht, manche Staaten sind Herkunft und Ziel zugleich. Aus dieser Region, insbesondere aus Eritrea, machen sich in den letzten Jahren aber auch zunehmend Menschen auf den Weg nach Europa, zum Teil über die Mittelmeerroute, zum Teil über die Türkei als Transitland und dann weiter auf der Westbalkanroute. Die Staaten aus dieser Region sind Partner der EU im sog. „Khartum-Prozess“. Was sich dahinter verbirgt und wie der Khartum-Prozess eingebettet ist in die europäische und deutsche Migrations- und Fluchtpolitik, behandelt die vorliegende Publikation, bevor abschließend einige Empfehlungen für eine auf Menschenrechten beruhende Migrationspolitik formuliert werden.

Bezug:
SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Preis: 5,00 Euro
Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

